



Politische Berichte

Nummer 18 / 13. Jahrgang

28. August 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Ein Guerillaüberfall auf Sirnak fand nicht statt.
ERNK beschuldigt die Türkische Republik

Schon bald tauchten Zweifel auf an der Behauptung der türkischen Regierung, am Dienstag, den 18. August, hätten mehrere hundert oder sogar über tausend Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) die Stadt Sirnak angegriffen. Verschiedene türkische Zeitungen stellten die Frage, wieso die Behörden keinen der 362 Festgenommenen eindeutig als PKK-Kämpfer identifizieren konnten; wieso lediglich einige Maschinengewehre und Gewehre gefunden wurden, obwohl doch angeblich mit Raketenwerfern angegriffen wurde. Die Tageszeitung *Zaman* sprach den Verdacht aus, daß die Operation das Werk von türkischen Anti-Guerilla-Einheiten gewesen sei. Dafür spricht auch, daß die türkische Regierung das Licht der Weltöffentlichkeit scheut: sie hat über Sirnak eine Ausgangssperre errichtet und die Stadt abgeriegelt.

Man kann nur vermuten, ob die Auseinandersetzungen von der Türkischen Republik direkt provoziert wurden, ob eventuell verzweifelte Bewohner auf Soldaten geschossen haben oder etwas drittes. Was immer tatsächlich geschah, jetzt besteht die Gefahr, daß das türkische Militär einen grausamen Feldzug gegen die kurdische Bevölkerung durchführt, weitere Vorfälle provoziert und Vorwände sucht. Deshalb verdienen alle Vorschläge, die eine Aufklärung der Vorfälle herbeiführen und durch Anwesenheit von unabhängigen Beobachtern weitere Massaker wie in Sirnak verhindern wollen, Unterstützung. Der kurdische Menschenrechtsverein in Diyarbakir hat sich mit einem solchen Aufruf an die Weltöffentlichkeit gewandt. Die ERNK, die Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, tritt in ihrer im folgenden auszugsweise dokumentierten Erklärung ebenfalls für eine solche Aufklärung durch unabhängige Personen ein. — (alk)

Erklärung der ERNK, 22. August
Am 18. August 1992 hat der kolonialistische türkische Staat mit der Behauptung „Die PKK hat das Stadtkzentrum von Sirnak überfallen“ eine Blockade über die kurdische Stadt Sirnak verhängt, die Ein- und Ausfahrten wurden gesperrt.

Obwohl am 18. August 1992 kein Angriff unserer Guerillaeinheiten auf die Stadt Sirnak stattgefunden hat, führte die Türkische Republik über ihre Presse mit Schlagzeilen, „daß 1000 bis 1500 Guerilleros der PKK staatliche Gebäuden in Sirnak angegriffen hätten“, die Öffent-

Internationale Aufklärung des Massakers in Sirnak!

lichkeit irre. Parallel dazu griff die schwer bewaffnete türkische Armee und zusätzliche Spezialeinheiten und Sonderkommandos die Stadt aus der Luft und vom Boden aus an. Auch waren wieder die achträdigen NVA-Panzer des Typs BTG 60 aus Deutschland eingesetzt. Angriffsziele der türkischen Armee waren vor allem die vorwiegend von den patriotischen Kurden bewohnten Vierteln. Häuser wurden dem Erdbeben gleichgemacht, Menschen jeden Alters auf der Straße und in ihren Wohnungen bestialisch ermordet. „In den Häusern halten sich Guerilleros, die auf die Soldaten schießen, versteckt“, waren Aussagen des Innenministers Sezgin und Ünal Erkans, dem Gouverneur der Gebiete im Ausnahmezustand. Damit versuchen sie, die Massaker zu legitimieren.

Hätte die Guerilla die Stadt angegriffen, würde die Situation anders aussehen. In dem Falle gäbe es die vermuteten 300 ermordeten und doppelt soviel verletzten Zivilisten nicht, weil die Guerilla mit Sicherheit in der Lage gewesen wäre, dies zu verhindern. Im Falle einer Stadtbesetzung durch die Guerilla, wäre die Ankunft des Innenministers und des Gouverneurs mit dem Hubschrauber unmöglich. Noch nicht mal eine Fensterscheibe der militärischen Gebäude wurde zerbrochen, wäre dies im Falle eines Guerillaangriffs möglich gewe-

sen? Warum fand das Massaker statt? Warum gerade in Sirnak?

Das kurdische Volk befindet sich nun mehr in der Lage, sich selbst zu verwalten. Es ist entschlossen, auf der Grundlage der erreichten nationalen Einheit, mit seiner Partei, Front und Armee unabhängig und frei zu leben. Das kurdische Volk befindet sich auf dem Höhepunkt der Bemühungen der Errichtung eines Nationalparlaments und einer Armee.

Das wiederum bedeutet das Ende der TR, deshalb greift sie — getreu ihrer barbarischen Tradition — wie tollwütig das kurdische Volk an, um es zu unterjochen und seinen Widerstand zu brechen. Sirnak sollte dafür der Beginn sein. Im Falle eines Erfolges in Sirnak plant die Türkei, dies auch in anderen Gebieten Kurdistans verbreitet anzuwenden und damit Kurdistan in ein Blutmeer zu verwandeln. Schon während des Newroz-Festes dieses Jahres versuchte die Türkei vergeblich, diesen Plan in die Tat umzusetzen.

Sirnak gleicht einem blutigen Schlachtfeld, so daß die TR sich davor scheut, die Stadt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hätte die Türkei tatsächlich eine so große Anzahl der Guerilleros getötet, so würde sie mit Freudentänzen die Presse in die Stadt reinlassen. Dutzende von Menschen jeden Alters sind massakriert, verletzt,

über 500 Menschen verhaftet und werden gefoltert. 70 % der Stadt ist vernichtet, sie gleicht einem Trümmerfeld. Der materielle Sachschaden geht in die Millionenhöhe. Die Lebensgrundlage der Bevölkerung ist völlig zerstört. Und deshalb wird die Stadt vor Öffentlichkeit abgesperrt.

Woher nimmt die TR die Macht, so leichtfertig Massaker anzurichten? Sie nimmt diese Macht sowohl vom europäischen, als auch vom amerikanischen Imperialismus, die Massaker werden durch ihre Massenvernichtungswaffen und finanzielle Unterstützung ermöglicht. Solange die Weltöffentlichkeit die Massaker der Türkei ungeachtet und stillschweigend hinnimmt, wird die Türkei ohne Skrupel ihr Tun fortsetzen. Aus diesem Grund richten wir unsere Stimme an die fortschrittliche Menschheit.

Der Widerstand des kurdischen Volkes für Unabhängigkeit und Freiheit muß unterstützt werden. Alle Institutionen — sowohl national, als auch international — und Personen, die sich als „Mensch“, „Demokrat“, „Revolutionär“, und „Menschenrechter“ bezeichnen, rufen wir dazu auf, nach Kurdistan, im besonderen nach Sirnak zu reisen, um die Realität aus der Nähe zu betrachten, die notwendigen Schritte zu unternehmen und die wahren „Terroristen“, die wahren Volksvertreter selbst kennenzulernen.

Aktuell zu Rostock

Aufruf: Stoppt die Pogrome!

Wir rufen zu einer bundesweiten Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auf am Samstag, den 29.8.1992 um 13 Uhr in Rostock-Lichtenhagen.

Seit Samstag, den 22.8., wütet in Rostock-Lichtenhagen rassistischer Terror. Gestern, am 24.8., wurden die Wohnheime der seit Jahren in Rostock lebenden Vietnamese angezündet. Die Polizei schaute diesem Treiben tapless zu. Offensichtlich waren diese tagelangen Ausschreitungen politisch gewollt und seit langem vorbereitet, um die Änderung des Artikels 16 Grundgesetz zu legitimieren und von der sozialen Misere im Land abzulenken und angeblich Schuldige dafür zu präsentieren.

Wir wollen in Rostock-Lichtenhagen eine breite, friedliche Demonstration mit allen Menschen aus Rostock und anderswo, die mit uns ein Zeichen setzen wollen gegen die abschulichen Angriffe auf die menschlichen Grundrechte. Wir demonstrieren gegen die skrupellose und ausländerfeindliche Politik, die solche Pogrome zu verantworten hat und fordern: die Untersuchung der Vorfälle mit dem Ziel, die Verantwortlichen in Politik, staatlichen Organen und Medien zur Rechenschaft zu ziehen! Bleiberecht für Flüchtlinge und menschenwürdige Unterbringung!

Wenn jetzt und hier keine Zeichen gesetzt werden, wird rechtsradikales, menschenfeindliches Gedankengut immer weiter politikfähig gemacht.

Rostocker Bürgerbündnis unterstützt durch: PDS Rostock, Jusos Rostock, Antifa Rostock

24.8. Dr. Christel-K. Fuchs, Vorsitzende der PDS-Fraktion Bürgerschaft Rostock

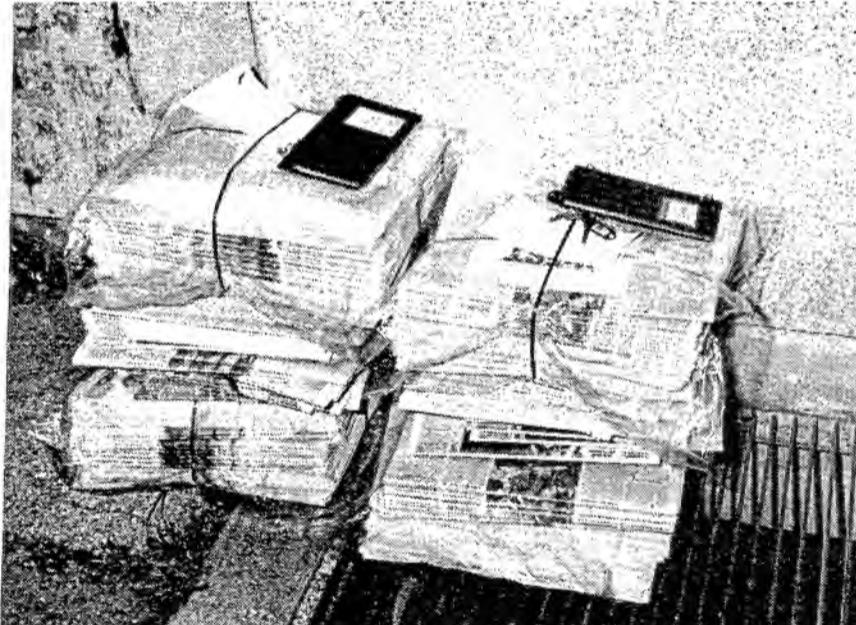
Auch monatelanger Unmut und Protest der Lichtenhagener Einwohner waren für die politisch Verantwortlichen kein Anlaß, ihre Ignoranz gegenüber dem Problem der zeitweiligen Unterbringung von Asylbewerbern in Rostock aufzugeben. Diese Situation wurde am vergangenen Wochenende von gewaltbereiten, vor allem rechtsradikalen Jugendlichen in eskalierender Weise missbraucht: Ergebnis einer völlig verfehlten Politik, die Gewalt nicht nur ermöglichte, sondern produziert. Wir wenden uns deshalb an alle Bürger Rostocks mit dem dringenden Aufruf, keine weitere Eskalation von Gewalt zu zulassen oder zu begünstigen. Mit Nachdruck fordern wir, die Überfälle radikalisierter Jugendlicher auf die ZAST in Lichtenhagen nicht für scheinheilige Debatten über Grundgesetzänderungen zum Asylrecht zu nutzen.

24.8. PDS-Bundestagsfraktion: Schluss mit der verantwortungslosen Politik!

Die PDS-LL fordert sofort eine Sonderaufsicht des Innenausschusses und des Bundestages, um über Ursachen und Verantwortung zu diskutieren. Wer in dieser Situation über angeblich zu große Flüchtlings- und Asylbewerberinzzahlen diskutiert und den Anschein erweckt, hier liegen die Ursachen für den eskalierenden Rassismus, der heizt die Pogrome weiter an.

25.8. André Brügel, stellvertretender Vorsitzender der PDS

Der Bundesvorstand der PDS, der Berliner Landesvorstand, die Fraktion der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus und die Bundesarbeitsgemeinschaft Rassismus sowie die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern, die ihre Klausurtagung unterbrochen haben, beteiligen sich an der heutigen Demonstration um 17 Uhr auf dem Neuen Markt in Rostock. Die PDS unterstützt Aufrufe zu Demonstrationen am Mittwoch, den 26. August, in Berlin, am Freitag, dem 28. August, in Schwerin anlässlich der Sondersitzung des Landtages und ruft ihre Mitglieder auf, an den DGB-Kundgebungen zum Weltfriedenstag am 1. September in großer Zahl teilzunehmen und einen unmissverständlichen Widerstand gegen Krieg und Gewalt deutlich zu machen.



Was tun gegen Korruption?

Hamburger Polizeichef fordert Einrichtung einer Ermittlergruppe

„Wie korrupt ist die Polizei?“ fragt die *Welt* in ihrem Leitartikel vom 19.8. und veröffentlicht zwei Seiten weiter gleich ein umfangliches „Strafregister der deutschen Polizei“ von „A wie Ausländerbehörde bis Z wie Zulassungsstelle“. Anlaß für diesen und verschiedene andere Berichte in Tageszeitungen sind Äußerungen des Chefs der Hamburger Kriminalpolizei Wolfgang Sielaff zu Korruption unter Polizeibeamten, die er in der Juniausgabe der Zeitschrift *Kriminalistik* und inzwischen auch über das Fernsehen vorgestellt hat. Diese „Erkenntnisse“ sind willkommen, um noch mehr Druck zu machen zur Umsetzung und weiteren Verschärfung der Repressionen, die mit der sog. organisierten Kriminalität begründet werden.

Eine nicht geringe Zahl von Polizisten habe „Bewährungssituationen“ nicht standgehalten, ... sondern sich auf unterschiedliche Weise korrumptieren lassen“. Gefährlich sei vor allem, daß sich so „Andockstellen“ für die „organisierte Kriminalität“ ergäben. Grund

für die Bestechlichkeit sei ein „ausgeprägtes materialistisches Denken“, „alle nur denkbaren dienstlichen Vorteile“ würden ausgenutzt. Knapp sechs Prozent aller Hamburger Polizisten gingen genehmigten Nebenerwerben als Tankwart, Hausmeister etc. nach (offensichtlich können sie von ihrem Gehalt nicht ausreichend leben). Daraus ergebe sich die Befürchtung, daß eine ungleich höhere Zahl von Beamten nicht genehmigte Nebenjobs ausübe, unter Umständen eben auch „im Milieu“. Der Hamburger SPD-Innenminister hat erklärt, es gebe keine laufenden Ermittlungsfälle. Die Polizeigewerkschaft weist die pauschalen Vorwürfe als „schlimme Entgleistung“ zurück und fordert Nachweise. Die Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten hat die „erfreuliche Offenheit“ Sielaffs begrüßt.

Jetzt werden Vorschläge zur „Säuberung“ der Polizei diskutiert. Der Hamburger Polizeichef will eine Ermittlergruppe, Fahnder sollen auf Fahnder angesetzt werden. Die Arbeitsgemein-

schaft Kritischer Polizisten will, daß eine „Polizei in der Polizei“ direkt der Staatsanwaltschaft unterstellt wird. Der Kampf gegen die Korruption soll Thema der nächsten Innenministerkonferenz sein.

Unabhängig davon, wie das Ausmaß der Korruption beurteilt wird, alle sind sich darüber einig, daß die organisierte Kriminalität eine große Gefahr darstelle. Kritiker und Gegner der jüngsten Gesetzesmaßnahmen weisen dagegen schon lange darauf hin, daß die als Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität ausgegebene, oft halblegale und völlig unkontrollierbare Verstrickung von Teilen des Gewaltapparats in kriminelle Machenschaften die Herausbildung mafiaähnlicher Strukturen fördere. Und die harte Haltung gegenüber der Unzufriedenheit vieler Polizisten mit Gehalt und Arbeitsbedingungen trägt sicher auch nicht dazu bei, die beklagte „Anfälligkeit für Korruption“ zu vermindern. Quellen: *Stuttgarter Zeitung*, *Die Welt*, *FAZ*, 19./20.8.92 — (evc)

Aktuell in Bonn

Rühe in Österreich

Verteidigungsminister Rühe war auf Auslandstournee, wie die Pressestelle des Ministeriums mitteilt, zum Erfahrungsaustausch über Einsätze von Soldaten unter UNO-Flagge: Zunächst vom 13. bis 15. August in Schweden, wo er dann noch außerdem versuchte, Leopard-Panzer an die schwedische Armee zu verkaufen und die schwedische Rüstungsindustrie in ein Jäger-90-(Nachfolge)-Projekt einzubringen. Am 18. August war Rühe dann zu einem „Antrittsbesuch“ in Österreich. Obwohl nach wie vor der österreichische Staatsvertrag mit Neutralitätspflicht in Kraft ist, war dort nicht nur die Lage in Jugoslawien und die Entwicklung einer europäischen „Sicherheitsarchitektur“ Thema, sondern auch, wie die Grenze zu Ungarn gegen „illegalen Grenzübergang“ gesichert werden kann.

Deutscher als Nato-Stabschef?

Der einflussreiche Posten des Stabschef im Nato-Hauptquartier in Mons (Belgien) war bisher stets von den USA besetzt worden. Jetzt soll, so die *Süddeutsche Zeitung*, der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Hans-Jörg Kuebel, im „Zuge der geänderten Kommandostruktur der Allianz“ dieses Amt übernehmen, verbunden mit einer Beförderung zum Vier-Sterne-General.

Schröder: 40 Jahre warten

Nachdem die Einheit so teuer wird, wie sie werden müsste, wenn wenige sehr viel profitieren, melden sich immer mehr Zyniker. Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder wendet sich in der jüngsten *Bild am Sonntag* gegen „abenteuerliche Zahlen, die der Westen (für die Ex-DDR) aufbringen soll“, und stellt fest: „Mit neuen Forderungen muß erstmal Schluss sein.“ Er wagte dann seinerseits eine Langzeitprognose, wann sich im Osten die „blühenden Landschaften“ einstellen. Im Osten müsse, so Schröder, endlich begriffen werden, daß es 40 Jahre gedauert habe, bis in der BRD der heutige Lebensstandard erreicht worden sei. Die versprochenen fünf bis zehn Jahre bis zur Angleichung seien „unrealistisch“. Er halte „15 bis 20 Jahre für realistisch“.

Karte als Ostexport

Als Präsident des Bundeskartellamtes wurde Wolfgang Karte als Schießbudenfigur benutzt: Immer wieder wurde er aufgestellt als Droggebäude, wenn die deutsche Industrie das Angebot für Mammuthochzeiten bestellte und dann abgeschossen. So als er die Übernahme von MBB durch Daimler-Benz 1989 verhindern wollte. Das Kartellamt verbot die Fusion, Wirtschaftsminister Haussmann sonder-genehmigte sie. Karte reichte am 30.6. beim Kartellamt seinen Abschied ein. Er wird, laut *Forbes*, „in einem Land ohne Wettbewerb noch mal ganz von vorn anfan-

gen“, bezahlt aus einem EG-Sonderfonds: in Moskau.

Grüne für Berufsarmee?

Während FDP- und CDU-Politiker weiter kontrovers über ein Für und Wider in Sachen Berufsarmee diskutieren, äußerte sich hierzu einigermaßen überraschend das Grünen-Vorstandsmittel Helmut Lippelt. Nachdem er in der Woche zuvor bereits für eine „militärische Befreiung der serbischen Internierungslager“ plädiert hatte, setzte er sich im *Spiegel* für „ein Berufsheer“ ein. Geissermaßen in einem Aufwasch wurde dabei „ein internationales Gewaltmonopol“ und die „Begegnung archaischer Gewalt“ gefordert.

Kindergarten nicht finanziert

Der Sozialdezernent des Deutschen Städtetages nannte gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* Kosten von 42 Milliarden Mark für den Bau derjenigen Kindergärten, die aus dem vom Bundestag mit dem neuen Abtreibungsrecht verabschiedeten Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz resultierten. Diese Gelder seien nirgendwo eingeplant — im Gegenteil: Bonn versuche, im Bereich Arbeitsförderung und im Gesundheitssektor 16 Milliarden einzusparen, was in zusätzliche Belastungen für Kommunen und Kreise mündet. Beim Abtreibungsrecht würden falsche Erwartungen geweckt und die Kosten auf Kommunen und Kreise zugeschoben.

CDU: Jedem das seine

Der CDU-Generalsekretär Hinze und die Vorsitzende des kulturpolitischen Fachausschusses der Union haben den Entwurf eines bildungspolitischen Programms der CDU vorgelegt, Leitmotiv: die humane Leistungsschule. Neu daran ist das Zentralabitur, statt der bisherigen Länder- bzw. je nach Schule verschiedenen Prüfungen; die Verkürzung des Gymnasiums auf acht Jahre; die Hochschulen sollen künftig „verpflichtet“ werden, sich an der Auswahl von Studenten durch Tests oder Gewichtung von Abiturnoten zu beteiligen“. Die Gesamtschule wird, wie auch schon in der Vergangenheit, von der CDU strikt abgelehnt. Die Zielrichtung der Schulreform ist stärkere Auslese und Steilerstellen der Karriereleitern. Deshalb soll es bei der Hauptschule nach den Vorstellungen der CDU unbedingt beim Alten bleiben: Auch bei der „Zusammenführung von Haupt- und Realschulen unter einem Dach müsse ein hohes Maß an Differenzierung gesichert werden“.

Was kommt demnächst?

Vom 26. bis zum 28. August findet die Internationale Jugoslawienkonferenz in London statt. Am 30. August führt der FDP-Bundesvorstand eine Klausurtagung durch. Am 9. September erste Sitzung des Bundestags nach der Sommerpause. Am 10. und 11. September findet auf Einladung von Bundeskanzler Kohl in Bonn die 2. Internationale Aids-Konferenz statt. In Frankreich findet am 20. September das Referendum über die Maastricht-Verträge statt.



Zuerst wurden einige Ministerinnen vorgeschnitten: Frau Rönsch (CDU), Frau Merkel (CDU), Frau Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) und Frau Schwaezter (FDP) beklagten das Schicksal von armen Vätern und Müttern, die mit „Hektik, Stress, Verkehrschaos“ einkaufen müssen. Schuld: die starren Ladenschlafzeiten. Aus der SPD fanden sie dann noch Unterstützung bei Frau Matthäus-Meier, stellv. Vorsitzende des Fraktionsvorstands, und bei den Grünen beklagte die hessische Familienministerin, Frau Blaum, sie käme jetzt nie zum Einkaufen. Der Berliner Abgeordnete Jochen Feilcke will mit anderen CDU-Abgeordneten noch im Herbst ein Gesetz zur Freigabe der Ladenöffnungszeiten mit wenigen Ausnahmen einbringen. Der Einzelhandelsverband HDE sprach von „Sommertheater“ und stellte fest: Eine Lockerung würde auf Kosten von Frauen gehen, die 80% des Personals im Handel stellen.

„Grundversorgung“ für Kassenpatienten wird vorbereitet

Das Bundeskabinett hat am 12.8.92 einstimmig die Sparpläne von Gesundheitsminister Seehofer (siehe *Pol. Ber.* 13/92) in die Form von zwei Gesetzesanträgen gebracht. Diese werden am 21.9. in erster Lesung im Bundestag behandelt. Seehofer will die SPD, die auch Einschränkungen und verstärkte staatliche Kontrolle ist, einbinden, damit er nicht im Bundesrat hängen bleibt.

Bis zum Jahr 2000 sollen die Kassen auf eine „Grundversorgung“ begrenzt werden: Es müsse mit wissenschaftlichem Sachverstand erst noch in einem aufwendigen Gutachten untersucht werden, „welche Aufgaben vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts langfristig von der Solidargemeinschaft übernommen werden können und welche Leistungen wir der Verantwortung des einzelnen übertragen sollten ...“, so Seehofer im Einklang mit FDP und Ärzteverbänden.

Der Widerstand aus den Reihen der Versicherten

Die ÖTV kritisiert den Gesetzentwurf: „Es soll offensichtlich der Weg der Zuzahlungen der Versicherten und der Leistungseinschränkungen fortgesetzt werden, der die Leistungsanbieter nach bisherigen Erfahrungen ungeschoren läßt ... Das Sachleistungs- und Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung, welches ein Grundprinzip des Sozialstaates ist, wird weiter ausgehöhlt.“ Auch Organisationen von Rentnern und Behinderten haben die enorm steigende Selbstbeteiligung kritisiert.

Der Aufschrei der Versicherten ist aber eher verhalten. Sie zahlen für das Gesundheitswesen, es ist wahnsinnig teuer und nützt so viel auch nicht. Sie kritisieren, die Ärzte haben keine Zeit, hören nicht zu, verordnen sofort ein Medikament, das auch noch viele Nebenwirkungen hat, sie gehen den Ursachen der Erkrankungen nicht nach, erklären nichts und gehen auf Fragen und Einwände nicht ein. Die Patienten kritisieren, daß sie zu Pillenschlackern degradiert werden und die Ärzte sich zu Handlungen der pharmazeutischen Industrie haben machen lassen. Deshalb gibt es keine allgemeine Interessengemeinschaft zwischen Ärzten und Patienten, sondern nur eine konkrete, wenn die Kooperation funktioniert.

Die Vorstände der ärztlichen Standesorganisationen verteidigen den Stand

Mit dem Gesetz würden keinerlei Strukturprobleme gelöst, Seehofer stelle Weichen in Richtung Verstaatlichung des Gesundheitswesens, hebe die rechtlichen Grundlagen für den Arztberuf auf, die Basis für eine moderne Heilkunde bzw. Zahnheilkunde werde zerstört. Handlungsbedarf wird in Bezug auf die

Ausbildungsvoraussetzungen für die Niederlassung als Kassenarzt gesehen, damit das Nadelöhr Krankenhaus die jungen Konkurrenten blockiert. Im Krankenhausbereich solle gespart und mehr den niedergelassenen Ärzten überlassen werden. Festlegungen, was denn die Kassen zahlen und welche Leistungen nur über eine Zusatzversicherung in Anspruch genommen werden können, seien nötig. Die Hausärzte sollen die Inanspruchnahme von Fachärzten besser koordinieren, d.h. kontrollieren, was einspare. Die Selbstbeteiligung diene der Verbesserung der „Therapieakzeptanz“, d.h. die Patienten schlucken besser, wenn sie selber dafür bezahlt haben, und stärke so wirksam die Eigenverantwortung.

Das sieht nicht nach einer Antwort auf die weit verbreitete Kritik unter Patienten und auch unter niedergelassenen Ärzten aus (siehe auch Artikel in *Politische Berichte* 16/92)

Die Ärzteopposition

Der Berliner Ärztekammerpräsident, Ellis Huber, hat nun in Abgrenzung dazu einen eigenen „Rahmenplan zur Sicherung und Strukturverbesserung der Gesundheitsversorgung in Deutschland“ mit einem Einsparvolumen von 15,05 Mrd. DM vorgestellt. Das Jahreseinkommen eines Kassenarztes solle an 150.000 DM oder 90 Mrd. DM je Arztstunde orientiert sein. Die meisten Kassenärzte wären glücklich. Tiefgreifende Änderungen im ärztlichen Honorarsystems — Huber hält es für „pervers und für einige Abkassierer hochlukrativ“ — und der Struktur der ambulanten Versorgung, sind da erforderlich. Huber schlägt im weiteren vor, die Verordnung von Medikamenten auf 20,8 Mrd. DM (statt 24,4 Mrd. DM nach Seehofer) zu beschränken, da herrschten „irrationale Verhältnisse“. Die Selbstverwaltung der Kassenärzte sollte eine Positivliste über Arzneimittel und Therapie-Richtlinien für Ärzte erlassen, also auch eine „Grundversicherung“. Die Selbstbeteiligung bei Medikamenten müsse auf „verzichtbare“ Arzneien begrenzt werden. Statt von Pharmareferenten solle die Ausbildung über die Ärzteorganisationen organisiert werden.

Die Ärzte dürfen sich der notwendigen Reform nicht versperren, sondern zusammen mit den Krankenkassen und dem Staat die Ärmel aufklemmen, „sparen und gestalten“. Die Beteiligung der Versicherten an der „Gestaltung“ des von ihnen finanzierten Gesundheitswesens bleibt auch bei Huber und den „Demokratischen Ärzten“ außen vor.

Der Einfluß der Pharmaindustrie auf das Gesundheitswesen ist ungeheuer

Über 21 Mrd. DM haben die gesetzlichen Krankenversicherungen für Arzneien in der ambulanten Behandlung

1990 gezahlt. 1970 waren es noch 4 Mrd. DM. Mit ihren sog. Studien beeinflussen die Pharmakonzerns das Geschehen im Gesundheitswesen nachhaltig, z.B.: Nach der „neuesten Studie“ der Firma Wellcome, Hersteller von AZT, muß dieses Mittel bereits im symptomlosen HIV-Stadium eingenommen werden, um den Ausbruch von AIDS zu verhindern bzw. zu verzögern. Langzeit-Überlebende mit AIDS erklären hingegen, daß eines der wichtigsten Überlebensmerkmale die Skepsis gegenüber AZT sei. Bei einer Befragung von 50 AIDS-Patienten in Holland, die länger als 10 Jahre AIDS überlebten, hatten nur vier je AZT eingenommen und stattdessen eine physisch und psychisch aufbauende Therapie erhalten. Die Forschung an den Universitäten schert sich um diese Erfahrungen einen Dreck. Fieberhaft wird nach Ansatzmöglichkeiten für neue Medikamente gesucht. Der Markt wäre riesig. Die Konkurrenz ist groß. Das ist dann „wissenschaftlich abgesichert“. Der Druck ist auch juristisch. Welcher Arzt übernimmt die Verantwortung, AZT oder andere Blocker nicht zu verschreiben?

Die Bundesregierung hält die Arzneimitteltherapie in vielen Fällen für eine „vergleichsweise preiswerte Therapie“. Zum Beispiel die Behandlung von Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren mit den Säureblockern: heute Schmerzen, morgen Zantic, übermorgen „gesund“. Die steigenden Kosten für die Gesundheitsversorgung sind eher ein Ausdruck davon, daß diese Medizin der Pharmakonzern gegen den gesundheitlichen Verschleiß durch Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht nur nicht hilft, sondern zusätzlich belastet.

Die strammen Schulmediziner unter den Ärzten weisen diese Kritik der Patienten weit von sich. Sie haben nichts anderes gelernt. Sie haben immer die neuesten Studien im Kopf, das ist karrifördernd in jedem Krankenhaus.

Andere Ärzte beginnen umzudenken. Es sind bereits 80 Prozent der niedergelassenen Ärzte, die zumindest ab und zu Naturheilmittel verordnen, weil die Patienten das wünschen. Oft wissen die Patienten selber mehr darüber als ihre Ärzte. Es ist aber damit zu rechnen, daß diese Medikamente aus der Verordnungsfähigkeit der Krankenkassen gestrichen werden.

Wie gut wird die „Grundversorgung“?

Das hängt von den Gewerkschaften ab. Wer sich darüber hinaus in eigenen Organisationen etwas für seine Gesundheit leisten kann, das hängt von der Entwicklung der Armut ab: zwischen 1984 und 1989 mußten rund 40 % der Haushalte ein- oder mehrmals mit weniger als 60 % des durchschnittlichen Nettohaushalteinkommens auskommen. — (sul)

Polizeiliches Fehlverhalten im Verfassungsschutzbericht angelegt

„Eine Steuerung der fremdenfeindlichen Anschläge der örtlichen bzw. stadtteilbezogenen Skinhead-Zusammen-schlüsse sowie sonstiger neonational-sozialistischer Gewaltkader durch überregionale Zirkel ist bei keinem der Vorfälle des Jahres 1991 erkennbar.“

Diese Aussage stammt aus dem neuen, kürzlich vorgelegten Verfassungsschutzbericht, die Innenminister Seiter in einer Erklärung noch einmal direkt bekräftigte. Diese Bewertung ist keineswegs nur eine Beschönigung, sondern eine totale Fehleinschätzung und Behinderung für polizeiliche Ermittlungen gegen faschistische Überfälle.

Der Überfall auf das Rostocker Asylbewerberheim war wohl vorbereitet und gezielt. Zahlreiche Faschisten reisten aus dem ganzen Bundesgebiet an, meldete sogar die Presse. Seit Tagen war der Überfall vorbereitet worden. In einer „spontanen“ Aktion wäre es wohl kaum möglich gewesen, die Polizei zu besiegen. Die Polizei war nicht „überfordert“, sondern gezielt falsch eingestellt. Der Bundesinnenminister war ja zugegen, als die Polizei sich zurückzog und den Faschisten das Anzünden des Hau-

ses ermöglichte. Wie kommt es, daß in Rostock kein SEK eingesetzte wurde, wo doch bei vielen friedlichen, antifaschistischen Demonstrationen massenweise SEK eingesetzt wurde? Binnen einer Stunde sind solche Truppen aus Hamburg, Kiel, Bremen und Berlin verfügbar. Was hat Herr Seiter wohl gemacht in Rostock?

Daß die Polizei bei ihrem Abzug vom Asylbewerberheim sehr wohl gewußt hat, daß sich dort noch Asylbewerber aufhalten, bewies die Bundestagsabgeordnete Lederer (PDS) in einer Stellungnahme. Sie hatte noch um 18 Uhr mit der Polizeidirektion Rostock telefoniert, die die Information bestätigen.

Wenn Schäuble danach erklärte, man solle jetzt aber wieder zum friedlichen Miteinander übergehen, ist das blanke Hohn. Das überfallene Asylbewerberheim, die vertriebenen Menschen und die besiegte Polizei ist ein „Zeichen“ für eine noch intensivere faschistische Gewalt. Werden also nicht ausgemacht oder zumindest umschrieben.

Laut Verfassungsschutzbericht wurden 1088 Personen als mutmaßliche Gewalttäter erfaßt, davon waren 69 % Jugendliche bzw. Heranwachsende unter 20 Jahren (nur 3 % Frauen, 69 % Personen waren dem Verfassungsschutz bereits bekannt). Was wären diese ohne die alten rechten, faschistischen Parteien, Verlage, Funktionäre?

Die SPD ist auf eine Verschärfung des Asylrechts eingeschwungen. Das wird die Rechte weiter ermutigen und den Widerstand erschweren. Nur mit aktivem Auftreten der Gewerkschaften kann eine gewalttätige faschistische Sammlung bekämpft werden und den staatlichen Institutionen darauf verpflichtet werden, dagegen vorzugehen. — (jöd)

Zwei Ereignisse haben in den vergangenen Tagen die innere Lage der BRD recht gravierend verändert. Kriegseinsätze der Bundeswehr, von verschiedenen Politikern seit langem wieder gefordert, sind nunmehr einer realen Gefahr geworden.

Zuerst hat auf einer Wochenend-Klausurtagung die SPD-Führung eine Kurskorrektur eingeleitet: Einer Grundgesetzänderung, die auch die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen ermögliche, wolle man sich nicht länger widersetzen, wenn die UNO durch eine Reform das Gewaltmonopol erhalte und wenn der Bundestag solchen Einsätzen unter der UNO-Hoheit mit Zweidrittel-Mehrheit zustimme. Bisher hatte die SPD, so ein Parteitagsbeschluß, die Beteiligung der Bundeswehr an sogenannten „Blauhelm-Einsätzen“ der UNO befürwortet, die Beteiligung an Kampfeinsätzen aber grundsätzlich abgelehnt. Die *Frankfurter Rundschau* kommentiert das so: „... die zur Bedingung gemachte Reform der UN ist allenfalls eine schöne Utopie. In der sozialdemokratischen Wirklichkeit hat der Beschuß dagegen eine ganz andere Funktion. Er soll die Partei ... für eine neue Dimension deutscher Beteiligung an internationalen Aktionen öffnen. Ist die Beschränkung auf Friedensmissionen weggefallen, dann ist der Weg offen für eine Fall-zu-Fall-Entscheidung ...“ (1)

Tags darauf, am 24.8., hat das FDP-Präsidium den Vorschlag von Bundesaußenminister Kinkel gebilligt und die Initiative zu einer Grundgesetzänderung ergriffen, die der BRD den Weg freimacht für die Entfesselung von Gewalt und Krieg (siehe Kasten). Nach der Absicht von Kinkel soll ein entsprechender Gesetzentwurf „bald“ eingebracht werden.

Der FDP-Entwurf für Verfassungsänderung

Der Kinkel-Entwurf für eine Grundgesetzänderung sieht vor, den bisherigen Artikel 24 Absatz 2 GG (Einordnung in System gegenseitiger kollektiver Sicherheit) durch einen Absatz 2a zu ergänzen:

Streitkräfte des Bundes können mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages eingesetzt werden

1. bei friedenserhaltenden Maßnahmen gemäß einem Beschuß des Sicherheitsrates oder im Rahmen von regionalen Abmachungen (KSZE – d. Verf.) im Sinne der Charta der Vereinten Nationen, soweit ihnen die Bundesrepublik Deutschland angehört,

2. bei friedenserstellenden Maßnahmen aufgrund der Kapitel VII und VIII der Charta der Vereinten Nationen gemäß einem Beschuß des Sicherheitsrates. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

(Quelle: *Frankfurter Allgemeine*, 25.8.)

Neue Ostexpansion führt zur Entstehung der Kriegspartei

Beide Vorgänge charakterisieren die Herausbildung einer parteiübergreifenden deutschen Kriegspartei, die sich seit der Annexion der DDR vollzieht. Ihre festen Bastionen hat sie in der FDP und CDU/CSU. Rückhalt findet sie vor allem in der katholischen, aber auch in der evangelischen Kirche. (2) In der SPD gewinnt sie mehr und mehr Anhänger und auch schon bei den Grünen, von denen einige offen die militärische Intervention des Auslands in den jugoslawischen Bürgerkrieg fordern, und im DGB, dessen Vorsitzender in den Ruf nach militärischer Intervention eingestimmt hat. Unter den meinungsbildenden überregionalen Tageszeitungen machen ihre Propaganda nicht mehr nur die *Frankfurter Allgemeine* und die *Welt*, sondern inzwischen auch, etwas leiser noch, die *Süddeutsche Zeitung*.

Hintergrund für Aufkommen und Erstarken dieser Kriegspartei ist der Zerfall des realen Sozialismus, in dem Staat und Wirtschaft der BRD die geradezu historische Gelegenheit sehen, ihre Einflussphären wieder weit gen Osten vorzuschieben und Europa neu zu ordnen.

Die BRD versucht dies auf dem Wege, die vergangenen Jahre zeigten es wieder und wieder, in den zerfallenden Staaten durch materielle Versprechen Anhänger zu gewinnen: in den baltischen Republiken der damaligen Sowjetunion, in Rußland, in Polen — hier vornehmlich die „deutsche Volksgruppe“ —, in der

Wer ist die deutsche Kriegspartei, und was will sie?

Tschechei und der Slowakei, im ehemaligen Jugoslawien (mit den bisher gravierenden Folgen) ... Nicht geringe Kräfte im Osten haben sich durch Versprechungen auf wirtschaftliche Entwicklung und materielle Vorteile durch Anbindung an den deutscheren Wirtschaftsraum dazu verleiten lassen, bisherige Beziehungen und Bündnisse aufzukündigen. Was nicht anders zu erwarten war, beginnt einzutreten: Die Versprechungen der BRD (und anderer) platzieren reihenweise. Die den Weltmarkt beherrschenden Konzerne sind weder in der Lage noch willens, die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Europa zu fördern. Die Führer der Westorientierung im Osten, die die Verschärfung bestehender Konflikte mutwillig forcieren, geraten bei zunehmender Abhängigkeit vom Westen und gleichzeitig trostloser Wirtschaftslage unvermeidbar unter wachsenden Druck. Angesichts dessen gerät jede um Einfluß ringende Macht, die ihre Ansprüche nicht auch militärisch abzusichern vermag, blitzschnell ins Hintertreffen.

Auf diesem Boden einer neuen Ostexpansion, eines neuen Verteilungskampfes um Einflussphären im Osten wächst und erstarzt die deutsche Kriegspartei, die alle Hemmnisse für Kriegseinsätze der Bundeswehr jetzt beseitigen will.

Die Zerstörung Jugoslawiens

Verschiedene Westmächte, allen voran die BRD, haben die komplizierte Lage in Jugoslawien — die ethnische Vielfalt des jugoslawischen Völkerbündnisses, die ökonomischen Widersprüche zwischen den Teilrepubliken, die politischen und weltanschaulichen Gegensätze zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen — schon lange als Schwachstelle ausgemacht, als Hebel, der sich zur Zerstörung Jugoslawiens benutzen läßt.

Unbestritten ist wohl, daß infolge der aufgehäuften Konflikte der alte Konsens für das Zusammenleben der Völker in Jugoslawien nicht mehr tragfähig war, eine neue Übereinstimmung gefunden werden mußte. Die BRD aber hat maßgeblich mitzuverantworten, daß sich die Völker Jugoslawiens auf solch einen neuen Konsens nicht verständigt haben. Sie hat systematisch — an die Tradition deutscher Südostexpansion bewußt anknüpft — die Lostrennung Kroatiens und Sloweniens betrieben. Sie hat die Möglichkeiten einer Ausrichtung der beiden Republiken auf den deutscheren Wirtschaftsraum in den leuchtendsten Farben ausgemalt und so die Herausbildung bürgerlich-nationalistischer Mehrheiten betrieben, die den Hilfsversprechen blind glaubten. Mit der abenteuerlichen völkerrechtlichen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens hat sie sich zur Schutzmacht ihrer Klientel aufgeschwungen, zum Garanten der Lostrennung. Sie hat das alles im vollen Bewußtsein dessen gemacht, daß die Lostrennung zu einem blutigen Bürgerkrieg führt.

Weder Slowenien noch Kroatien können selbständig existieren, und erst recht nicht Bosnien-Herzegowina. Sie alle sind mit der Zerstörung des jugoslawischen Wirtschaftsraumes völlig vom Ausland abhängig. Mit der Zuspitzung der Konflikte wurden aus den Kräften, die sich in vollständige wirtschaftliche Abhängigkeit vor allem von der BRD begeben haben, um vom alten Jugoslawien „unabhängig“ zu werden, Kräfte, die nach militärischer Unterstützung durch ihre Schutzmächte rufen.

Die Kriegspartei schürt Kriegsstimmung

Infolge der Verbrechen des faschistischen Deutschen Reiches unterliegt der Nachfolgestaat BRD einem Sonderstatus: Es ist ihm verboten, die Bundeswehr zu Angriffskriegen, zu anderem als zur Verteidigung einzusetzen. Diese Festlegung des Grundgesetzes brachte und bringt den Willen der Völker, die den Hitlerfaschismus unter großen Opfern besiegt haben, ebenso zum Ausdruck wie den Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung in der BRD.

Zunächst hatte die Kriegspartei versucht, mit Interpretationstricks die Verfassung zu umschiffen. Das war noch zur Zeit des Golfkrieges, aber schon im

Hinblick auf die „Sicherung deutscher Interessen“ in Ost- und Südosteuropa. Auch wenn einige Kräfte in der CDU/CSU die Option, das Grundgesetz einfach „umzuinterpretieren“, immer noch offenhalten wollen, hat die Kriegspartei eher davon Abstand genommen, auch und vor allem wegen des politischen Risikos, im Fall einer Niederlage oder hoher Verluste auch noch als Verfassungsbrecher zur Rechenschaft gezogen zu werden. Statt durch Tricks die Verfassung zum umschiffen, schürt sie in der Bevölkerung Kriegsstimmung, die ihr die Legitimation verschaffen soll. So hat sie die Verfassungsänderung auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir sind seit Monaten Zeuge des großangelegten Versuchs, Kriegsstimmung in die Bevölkerung zu tragen, eines Versuches, der deshalb nicht so schwierig ist, weil sich die großen Medienkonzerne weitgehend und immer stärker auf die Ziele der Kriegspartei festgelegt haben. Mit einer einseitigen Berichterstattung, die kaum ein Schlupflöch für differenzierende Information und abweichende Meinung läßt, werden Serbien und die Serben als Verantwortliche, als Alleinverantwortliche, für den Krieg herauspräpariert. Diese Berichterstattung verschweigt alles, was das Bild stören könnte — die geschichtlichen Wurzeln des Konflikts, die durch die Lostrennung hervorgerufenen bzw. verstärkten Wirtschaftsprobleme, die Unterdrückung der serbischen Minderheit in Kroatien, die mit der Lostrennung einherging, die Grausamkeiten und Schandtaten auf Seiten aller, d. h. auch der kroatischen und bosnischen Bürgerkriegsparteien —, und erfindet hinzu, was passend erscheint.

Wenn es erst einmal gelingt, Serbien als den Verantwortlichen hinzustellen, dann liegt der Weg zum Frieden sozusagen auf der Hand: Serbien muß nur, wie Kinkel das schon vor Monaten sagte, „in die Knie gezwungen werden“. In der öffentlichen Meinung, die durch eine Augen und Ohren, Herz und Verstand verstopfende einseitige Berichterstattung geformt und deformiert ist, hat sich zusehends die Fragestellung verschoben. Nicht, wie die Völker im ehemaligen Jugoslawien einen Weg zum Zusammenleben finden können, lautet die Frage, sondern: Kann Serbien geschlagen werden, und wer kann Serbien wie schlagen. Das ist der Hauptinhalt der stattfindenden öffentlichen Diskussion.

Diese Diskussion zielt nicht nur auf die Lage im Innern; sie zielt in zweifacher Hinsicht auch auf die Lage im jugoslawischen Bürgerkrieg.

Zum einen ist die totale Verurteilung Serbiens geeignet, Hoffnungen auf einen totalen Sieg über Serbien zu wecken. Das ist illusionär. Aber die Diskussion in der BRD wirkt kriegsverlängern. (Übrigens bleibt die totale Verurteilung nicht bei Worten: Rühes Auspruch „Serbien muß in Europa zum Aussätzigen werden“ (3) folgt der Versuch der BRD, den Ausschluß Serbiens und Montenegros aus der UNO durchzusetzen.)

Zum anderen: Die jugoslawischen Parteigänger des freien Westens und der BRD sind in bedrängter Lage. Es ergeht ihnen militärisch schlecht. Die Diskussion über Mittel und Möglichkeiten ausländischer Intervention soll ihnen vorspiegeln, daß Hilfe nicht fern ist. Auch das wirkt kriegsverlängernd.

Konflikte im westlichen Bündnis

Die Kriegsstimmung gegen Serbien ist der politische Boden, auf dem die deutsche Kriegspartei die Verfassungsänderung durchsetzen will. Jene Verfassungsänderung wird auch das Tor zum Krieg gegen Serbien aufstoßen. Anderslautende Beteuerungen vor allem von Bundesverteidigungsminister Rühe („Deutsche Soldaten niemals nach Jugoslawien“) täuschen die Öffentlichkeit im In- und Ausland und stehen im übrigen im Gegensatz zu all den Maßnahmen, mit denen sich die Bundeswehr an die jugoslawischen Grenzen heranträgt.

Solange die Westmächte ein gemeinsames politisches Ziel haben — den realen Sozialismus zu beerben, oder besser: die ehemals realsozialistischen Länder in eine Konkurrenz zu verwandeln, aus der sie sich bedienen können

—, können sie sich auch auf gemeinsame militärische Ziele verstündigen. Doch unter den Gemeinsamkeiten scheinen schon jetzt, im Jugoslawien-Konflikt, die Risse auf, die sich in der Folgezeit zwangsläufig vertiefen werden.

Die Bedeutung Europas, so ließ sich der französische Präsident Mitterrand vernehmen, liege darin, eine „rein deutsche Jugoslawienpolitik“ zu verhindern. (4) Westdeutsche Kräfte wiederum werfen Frankreich vor, schon immer und so auch heute eine „pro-serbische“ und also „anti-deutsche“ Politik zu treiben. (5) Die Welt zitiert am 13.8. die kroatische Zeitung *Vjesnik* mit dem Satz: „Paris und London sind bereit, alles zu unterminieren, nur um Helmut Kohls Versuch des Aufbaus einer deutschen Interessensphäre zu stören.“

Für die westlichen Nachbarn und Konkurrenten der BRD muß bedrohlich erscheinen, wenn die BRD, die mit der Annexion der DDR ein eindeutiges wirtschaftliches Übergewicht in der EG erlangt hat, auch das militärische Übergewicht erlangt. Das würde die EG in ein deutsches Imperium verwandeln.

Die deutsche Kriegspartei ist sich des Unterton von Drohung gegen die gegenwärtigen engen Bündnispartner, der in der angestrebten Verfassungsände-

lung auch liegt, bewußt. Sie ist bestrebt, diesen Unterton wegzunehmen, indem sie sich auf internationale Institutionen, vor allem die UNO, bezieht.

Für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie! Auch wenn sich der Kinkelsche Änderungsvorschlag nicht direkt auf Artikel 26GG bezieht — Verbot der Vorbereitung von Angriffskriegen —, unterliegt doch keinem Zweifel, daß genau dieses Verbot ausgehebelt wird. Denn die Kriegspartei will Gewalt und Krieg nicht zur Abwehr von Angriffen, nicht für Notwehrsituations, sondern als Mittel der Gestaltung, als Mittel zur Neuordnung Europas und der Welt.

Jeder Versuch, den Sonderstatus zu ändern, dem Deutschland unterworfen ist — aufgrund der zwei von ihm angezettelten Raubkriege in diesem Jahrhundert —,

jeder Versuch, das Verbot von Angriffskriegen auszuhebeln und Angriffskriege zu legitimieren und führbar zu machen,

richtet sich in allererster Linie gegen die Staaten und Gesellschaften im östlichen Europa.



zung auch liegt, bewußt. Sie ist bestrebt, diesen Unterton wegzunehmen, indem sie sich auf internationale Institutionen, vor allem die UNO, bezieht.

Unter der Oberhoheit der UNO?

Aber auch hier liegt Täuschung — oder Selbsttäuschung — vor.

Die UNO ist eine Art gemeinsamer Regierungsausschuß, in der die größten Mächte, die die UNO auch entscheidend finanzieren, das Sagen haben. Viele Jahre herrschte so etwas wie ein Kräftegleichgewicht. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Untergang des Warschauer Paktes haben die Westmächte die freie Bahn: Rußland ist angeschlagen, macht sich von ausländischen Krediten abhängig und ist somit erpreßbar. Das gilt bis zu einem gewissen Grad auch für China. Länder der Dritten Welt haben kein Voterecht und kaum Einfluss.

Sind sich die führenden westlichen Mächte einig, so sind sie durch die UNO nicht zu bändigen, im Gegenteil. Wenige Regierungen entscheiden über Krieg und Frieden und darüber, wer mit welchen Mitteln sich beteiligt. Diese wenigen Regierungen können den Völkern ihre Entscheidungen für Gewalt und Krieg als „Wille der Völkergemeinschaft“ präsentieren, dem man sich zu beugen habe. Durch Verlagerung der Entscheidung in die UNO entziehen sie sich weitgehend dem Druck, ihre Entscheidungen und Handlungen im Inneren irgendwie zu legitimieren. Dies wird die Verrohung staatlichen Handelns treibhausmäßig fördern.

Aber daß sich die führenden Westmächte einigen, ist aufgrund ihrer tiefer werdenden Widersprüche nicht sicher und wird eher unwahrscheinlicher. Daß

Die Interessenlage der BRD ist, wie gezeigt, eindeutig: Sie will den realen Sozialismus beerben. Zweifellos befinden sich die Gesellschaften im östlichen Europa in der Krise, sind sie von tiefen Konflikten zerrissen. Sie brauchen Zeit und Ruhe, um ihre Konflikte auf friedliche Weise zu regeln; und selbst dann, wenn sie sie nicht auf friedliche Weise regeln, wird jede Einmischung von außen und ganz besonders jede Einmischung einer nach Osten sich vorschließenden BRD furchtbare Folgen haben.

Die Drohungen gegen Serbien gelten auch Rußland. Die deutsche Kriegspartei behandelt Jugoslawien ganz offen als „Präzedenzfall“: „Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens wird in der internationalen Diskussion als eine „neue Welle“ ethnischer Konflikte bezeichnet ...“, schreibt Herbert Kremp in der Welt (25.8.), um fortzufahren: „Bewußt oder unbewußt ist den westlichen Staaten klar, daß sie im Falle des offenen serbischen Hegemonial-Krieges ein (abschreckendes) Exempel hätten statuieren können ...“ (Hervorhebung v. Verf.)

Die BRD, an der (Wieder-)Eroberung des Ostens interessiert, ist die allerletzte Macht, die mit ihren Truppen zum Frieden im Osten oder Südosten Europas beitragen kann. Die Abstreitung des Sonderstatus bereitet neue Raubkriege vor. Dieser Weg, wird er beschritten, wird letztlich zum Untergang derjenigen führen, die ihn beschreiten. Die wichtigste Niederlage, die der deutschen Kriegspartei heute zugefügt werden kann, ja muß, besteht darin, daß ihr dieser Weg versperrt wird.

Quellen: (1) FAZ, 25.8.; (2) Spiegel, 35/92; (3) Stuttgarter Zeitung, 19.8.; (4) Süddeutsche Zeitung, 22./23.8.; (5) Welt am Sonntag, 16.8. — (scc)

Die Dürre im südlichen Afrika trifft vor allem die kleinen afrikanischen Bauern

Ur langsam beginnt die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam zu werden, daß außer dem Nordosten Afrikas auch das ganze südliche Afrika von einer großen Dürre heimgesucht wird. In diesem Jahr ist so wenig Regen gefallen wie noch nie in diesem Jahrhundert, aber bereits in den vergangenen zwei Jahren waren die Niederschläge zurückgegangen. Das hat zur Folge, daß die sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche in Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Südafrika, Swasiland, Tansania, Zambia und Zimbabwe zunehmen und der Hunger auf dem Land alltäglich wird. In Südafrika sterben in den Homeland-Gebieten bereits Kinder und Frauen zu Hunderten.

Selbst Zimbabwe, das nach dem Eringen der Unabhängigkeit Exporte von landwirtschaftlichen Produkten war und das in den achtziger Jahren große Maisvorräte anlegen konnte, muß in diesem Jahr Getreide importieren, weil die eigenen Getreideernten nach der andauernden Trockenheit nur etwa ein Zehntel der Ernten Ende der achtziger Jahre erbringen. 1988 erbrachte die Maisernte etwa zwei Millionen Tonnen, in diesem Jahr werden nur etwa 200000 Tonnen geerntet, die Weizernte wird höchstens ein Drittel des Vorjahres erreichen. Die gesamte landwirtschaftliche

Produktion wird so niedrig sein wie vor drei Jahren.

Die Folgen für die afrikanische Bevölkerung sind grausam: in vielen Gebieten ist es den Kleinbauern nicht mehr möglich, auch nur ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren, geschweige den Überschüsse für die städtischen Gebiete zu verkaufen. Weil die Dürre bereits drei Jahre andauert, sind auf dem Land auch keine Saatgutvorräte mehr vorhanden. Das Getreide war so knapp, daß auch das Saatgut als Nahrungsmittel dienen mußte. Die afrikanischen Bauern sind inzwischen gezwungen, ihre Rinder zu schlachten, mehr als 90000 Rinder sollen bereits verdurstet sein. So hat zwar die Fleischproduktion zugenommen, aber die Folgen dieser Notschlachtungen werden noch viele Jahre spürbar sein. Rindvieh ist nicht nur Fleisch- und Milchlieferant, sondern wird oft als Zugvieh benutzt.

In diesem Jahr haben drei der zehn Millionen Einwohner Zimbabwes Nah-

rungsmittelhilfe aus dem Dürrehilfsprogramm der Regierung beantragt. Die meisten davon leben in den ländlichen Regionen, in die sie von den weißen Kolonialherren eingewiesen wurden. Diese Landgebiete sind weniger fruchtbar als das Land der weißen Farmer, und sie liegen in traditionell regenärmeren Regionen des Landes. Dennoch waren es gerade diese Bauern, die Zimbabwe in den achtziger Jahren zu dem wichtigsten Mais- und Weizenlieferanten im südlichen Afrika machten. Sie produzierten 60 Prozent der Getreideernte in Zimbabwe. Die Regierung unterstützte diese Bauern zum einen mit staatlich festgelegten Aufkäufen für Getreide. Sie baute außerdem große Getreidespeicher in den ländlichen Regionen, von den 78 gebauten wurden allein 34 zwischen 1980 und 1984 gebaut. Hinzu kam der Ausbau des Straßen- und Wegenetzes zu Beginn der achtziger Jahre und die Errichtung einer Infrastruktur mit Schulen und medizinischer Versorgung in diesen

Landgebieten, deren Ausstattung zu Zeiten der rhodesischen Siedlerregierung mit der der südafrikanischen Homelands vergleichbar war.

Doch daß die Folgen der Dürre für die afrikanischen Bauern jetzt so bedrohlich sind, ist auch auf eine Änderung der Regierungspolitik und vor allem auf die Einflussnahme von EG und Weltbank zurückzuführen. Die Regierung Zimbabwes hatte sich gleich nach der Unabhängigkeit entschieden, von den westeuropäischen Staaten und den USA Entwicklungshilfe in großem Umfang zu fordern. Sie erklärte damals, auf diesem Weg könne ein Teil des kolonialen Unrechts wiedergutmacht werden.

Verbunden mit dieser Entwicklungshilfe, die auf Wunsch der Regierung Mugabe vor allem für den Aufbau der Landgebiete gegeben wurde, war aber die Bedingung, daß der Aufbau von Zimbabwes Wirtschaft auf den Weltmarkt orientiert sein muß. Die Ausdehnung des Maisanbaus anstelle der traditionellen afrikanischen Getreidearten Sorghum und Hirse bedeutete zwar, daß Zimbabwe auf dem Weltmarkt Getreide verkaufen konnte. Mais kann jedoch nur mit viel Feuchtigkeit wachsen, in vielen Regionen sind selbst in Jahren mit durchschnittlichen Regenfällen Bewässerungsanlagen für seinen Anbau nötig. In den achtziger Jahren waren die Möglichkeiten dafür vorhanden, doch heute sind viele Brunnen versiegt und zahlreiche Seen ausgetrocknet, die sonst Wasser für die Bewässerung liefern.

Zum zweiten hat die EG 1988 die Anschubfinanzierung für den Ausbau weiterer Großsilos zur Getreidespeicherung storniert. Diese Finanzierung war zugesagt worden im Hinblick auf die Hungersnöte in anderen Ländern des südlichen Afrikas, in die die Überschüsse aus Zimbabwe geliefert werden sollten. Europäische und US-amerikanische Hilfsorganisationen kauften den Mais in Zimbabwe, um ihn in Mosambik und Botswana zu verteilen. Die EG stornierte die Finanzierung, weil die Koordinationskonferenz für Entwicklung im südlichen Afrika (SADCC) auf dem alleinigen Verfügungsrecht bestand, statt der EG die Entscheidung darüber einzuräumen, wer Nahrungsmittelhilfe erhalten sollte und zu welchen Bedingungen. Die EG verfolgt nämlich wie die Weltbank mit den Nahrungsmittellieferungen

die bekannte Politik, die einheimische Landwirtschaft zu vernichten, indem Getreide zu Dumpingpreisen auf den Markt geworfen wird.

Zum dritten hat sich die Regierung Mugabe gezwungen gesehen, einen Teil der Vorräte auf dem Weltmarkt zu verkaufen, um die für Zins- und Ratenzahlungen benötigten Devisen zu beschaffen. Als die Schuldenbelastung immer drückender wurde, nahm sie die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds für weitere Kredite an. Dazu gehörte unter anderem die Freigabe der Aufkäufe für Mais und andere landwirtschaftliche Produkte. Im Verbund mit Nahrungsmittelhilfslieferungen nach Botswana, Angola und Mosambik wurde so der Marktpreis für Mais auf ein Niveau unter dem von 1970 gesenkt.

Viertens haben große Konzerne den Schwerpunkt der kommerziellen weißen Farmwirtschaft verschoben. Sie schränkten den Maisanbau ein zugunsten des Anbaus von Tabak und Schnittblumen. Ihre Maisanbaufläche ging um 40 Prozent zurück. Sie verdoppelten die Tabakproduktion in den letzten vier Jahren von 89000 Tonnen auf 190000 Tonnen im Jahr. Zimbabwe exportierte in diesem Jahr knapp 4000 Tonnen Schnittblumen nach Europa — diese Exportproduktion benötigt viel Wasser aus tiefebohrten Brunnen.

Die Regierung hat zunächst ein Notprogramm beschlossen, das zum einen den Aufkauf der gesamten Maisernte durch die Staatliche Getreidevermarktungskommission zu Festpreisen beinhaltet. So soll verhindert werden, daß erstens kommerzielle Farmer Lager anlegen, um aus der Not der Bevölkerung höhere Preise erzielen zu können. Zum zweiten sollen die afrikanischen Bauern davor geschützt werden, an freie Händler zu jedem Preis verkaufen zu müssen. Der notwendige Import von zusätzlichem Getreide darf allein durch die Regierung vorgenommen werden. Der Regierung bestand an Elfenbein und Rhozeros-Hörnern soll trotz der Proteste von westlichen Tierschutzorganisationen und Artenschutzabkommen verkauft werden, um Devisen für den Getreideankauf oder andere Naturalien zu erhalten. Außerdem ist geplant, 170000 Rinder aus den Trockengebieten, in weniger betroffene Regionen umzusiedeln, bis die größte Dürre vorbei ist.

Das Wasser ist rationiert, ebenso die Elektrizität, die weitgehend aus Wasserkraft gewonnen wird und die knapp geworden ist, weil Zambia, das 20 Prozent der Elektrizität in Zimbabwe lieferte, die Lieferungen aufgrund der Trockenheit eingestellt hat. Gegen beide Maßnahmen haben sowohl die Bergwerksindustrie, die viel Wasser verbraucht, wie auch die weißen Farmer protestiert. Langfristig soll auch das Umsiedlungsprogramm, das nach dem Landverteilungsgesetz angelaufen ist, helfen, die Folgen solcher Dürrekatastrophen zu mildern. Allein im ersten Halbjahr 1992 sind bereits 2000 Menschen auf ehemals weißem Farmland angesiedelt.

Informationsdienst südliches Afrika Nr. 3/92: Facts and Reports, International Press Cuttings on Southern Africa, Nr. F bis L 1992 — (uld)

Einige Daten zur Lage in Zimbabwe

Bevölkerung	9,7 Millionen
Bruttonsozialprodukt pro Kopf	
1980	710 US-\$
1989	650 US-\$
Reales Wachstum	
des Brutto-Inlands-Produkts	
1981-85	3,4 Prozent
1986-90	3,1 Prozent
Auslandsschulden	
1980	786 Millionen US-\$
1989	3088 Millionen US-\$
1989 pro Kopf	325 US-\$
Anteil der Schuldendienste am Export	
1989	26 Prozent
Zinszahlungen	
pro 1000 Lebendgeburten	10 Prozent
1980-85	
1986-90	
Lebenserwartung	
1985-90	58 Jahre
Alphabetisierungsquote über 15 Jahre	
in Prozent	
1985	Männer/Frauen
1990	81/67
	83/68



Der Tabakanbau wurde in den letzten drei Jahren verdoppelt; dies ging zu Lasten des Maisanbaus.

Polen: Gewerkschaftsbündnis sagt Regierung den Kampf an

Vor einem Monat hatten die knapp 40000 Arbeiter im Kupferkombinat Lubin ihren Streik begonnen, der nach jüngsten Meldungen am Freitag beendet worden ist. Genaues ist noch nicht bekannt; Anfang September sollen auf der Grundlage eines Regierungsvorschlags Tarifverhandlungen aufgenommen werden.

Gefordert hatten die Beschäftigten in den fünf Gruben, zwei Hütten, mehreren Kabelfabriken und einer Walzfabrik des Kombinats monatliche Lohnerhöhungen von ca. 100 DM und ein Urlaubsgehalt von umgerechnet 195 DM. Auch die Bergleute im Kohlerevier — 23 Gruben lagen zeitweilig still, zur Zeit sind es noch fünf Gruben —, die Beschäftigten des Kleinwagenwerkes in Tychy und des Rüstungskombinats Mielec streiken z. T. schon wochenlang. Neben Lohnerhöhungen, die wenigstens die Inflationsrate ausgleichen sollen, fordern die Streikenden vor allem auch die Abschaffung der Lohnzuwachssteuer, mit der die Regierung praktisch alle Lohnerhöhungen über die Inflationsrate hinaus wegsteuert.

Vor dem Hintergrund dieser Streikbewegung, der sich mit Straßenblockaden und anderen Protestaktionen vielerorts auch Bauern anschlossen, fanden sich Anfang August mehrere Gewerkschaften und Interessenverbände zu einem „Nationalen Streik- und Verhandlungskomitee“ zusammen: der Gewerkschafts-Dachverband OPZZ, die Bergarbeitergewerkschaft FZGG, der aus der Solidarnosc ausgeschiedene Flügel „Solidarnosc 80“, die Vertretungen der Zugführer und der streikenden Kupferarbeiter sowie der erst kürzlich gegründete Bauernverband „Selbstverteidigung“. Das Komitee verständigte sich auf 21 Forderungen, in denen Mittelpunkt die Beendigung der rigiden Sparpolitik der Regierung, Maßnahmen ge-

gen die Arbeitslosigkeit, die Abkehr von der „chaotischen und diebischen Privatisierung“ und der Schutz vor ausländischem Kapital und Importen stehen. (1)

Der Anschluß Polens an den Weltmarkt hat zu einer gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Verarmung geführt. Die Produktion ist innerhalb von drei Jahren auf zwei Drittel zurückgegangen und sinkt weiter, die Investitionen erleben einen regelrechten Einbruch, Forschungs- und Entwicklungaktivitäten finden kaum noch statt; in der Landwirtschaft ist ein starker Rückgang des Viehbestands zu verzeichnen. Die Inflationsrate beträgt immer noch an die 50 %; seit drei Jahren sinken die Realeinkommen ununterbrochen. Ende Juli waren nach offiziellen Angaben über 13 % arbeitslos, für Jahresende wird eine Arbeitslosenquote von 17 bis 19 % erwartet, nach anderen, inoffiziellen Angaben sogar von bis zu 40 %. Schon heute findet jeder dritte Jugendliche keine Arbeit. Die finanzielle Situation der Bauern ist so prekär, daß vielen im Frühjahr die Mittel zur Durchführung der Frühjahrsarbeiten fehlten. (2)

Wie andere RGW-Länder auch mußte Polen die Erfahrung machen, daß es den Zusammenbruch der RGW-Wirtschaftsbeziehungen nicht durch entsprechend neue Märkte im Westen ausgleichen konnte. Zudem muß das Land die früher billig aus der Sowjetunion bezogenen Rohstoffe jetzt in harten Devisen zahlen. Dies und die Tatsache, daß die Regierung alte Wirtschaftsstrukturen brutal zerschlug, so z. B. Subventionen radikal

zusammenstrich, hat vor allem viele staatliche Großbetriebe an den Rand des Zusammenbruchs getrieben.

Da Hunderte von Betrieben durch so genannte „Schuldenketten“ voneinander abhängig sind, sind auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Betriebe wie z. B. Werften zusammengebrochen und für Spottpreise an ausländische Konzerne verkauft worden. Viele, wenn nicht die meisten konkurrenzfähigen Betriebe sind auf diese Weise schon an ausländische Konzerne verscherbelt worden oder sollen in nächster Zeit verscherbelt werden, so eine große Papierfabrik in Kwidzyn, die Warschauer Stahlhütte, das Kleinwagenkombinat in Tychy ... (1)

Der Anschluß an den Weltmarkt hat aber auch Profiteure. Obwohl einem Teil der mehrere zehntausend neuen Privatunternehmen, die in den vergangenen drei Jahren in einem wahren Gründungsboom aus dem Boden schossen, wohl keine lange Existenz beschieden ist, ist die Entstehung einer schmalen Mittelschicht — vor allem im Westen Polens — mit schnell wachsendem Lebensstandard und noch schneller wachsenden Ansprüchen nicht zu übersehen. (3) Der sich hier ansammelnde Reichtum löste einen gewaltigen Importboom aus, der ganz wesentlich auf der Einfuhr von Luxuskarossen oder anderen Luxusgütern basiert. Am Rande sei bemerkt, daß diese Importe vor allem aus der BRD kommen — aber nicht aus den neuen Bundesländern, deren Exporte nach Polen um über 60 % zurückgegangen sind,

sondern gänzlich aus den alten Bundesländern. (2)

Die übergroße Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung indes ist durch den Anschluß an den Weltmarkt und den von der Regierung verfolgten Kurs hart getroffen. Im März dieses Jahres hat die Regierung den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung auf in der Regel zwölf Monate verkürzt; dadurch stieg die Zahl der Arbeitslosen ohne Unterstützung sprunghaft auf 613000 Menschen. (2) Ebenfalls im März legte die Weltbank der polnischen Regierung in einem vertraulichen Bericht nahe, die Renten erhöhungen — die ohnehin die Inflation kaum ausgleichen konnten — zurückzunehmen, die Subventionen für den Wohnungsbau, Kohle und Warmwasser drastisch zu kürzen, die Gehälter im öffentlichen Dienst nach Anpassung an die Inflationsrate einzufrieren und verschiedene Verbrauchssteuern um 100 bis 150 % zu erhöhen. (4) Die Weltbank empfahl, und entsprechende IWF-Forderungen stießen allerdings auf Widerstand auch im polnischen Parlament, es kam zu einer Regierungskrise. Prompt drohte US-Präsident Bush per Brief, daß die Zukunft Polens von der Zusammenarbeit mit dem IWF abhinge. Ein halbes Jahr zuvor hatte der IWF bereits schon einmal die Auszahlung von Krediten gestoppt, um die Regierung auf Kurs zu halten.

Quellen: (1) Welt, 14.8.; taz, 10.8.92; (2) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Polen zur Jahresmitte; Handelsblatt, 26.3.92; (3) FAZ, 24.4.92; (4) taz, 9.3.92 — (scc)

Was heißt „Autonomie für Palästinenser“?

Bei der am Montag begonnenen neuen Nahost-Verhandlungsrunde wollen die Zionisten neue Vorschläge unterbreiten, die einen „Kompromiß“ mit der palästinensischen Seite befördern sollen. Da bei Redaktionsschluß keine Ergebnisse vorlagen, sollen nachfolgend — mit der gebotenen Vorsicht — aus verschiedenen Ankündigungen in der — vor allem Jerusalemer — Presse, wahrscheinliche „Zugeständnisse“ der israelischen Seite zusammengefaßt werden.

Demnach wird von einer Durchsetzung der UNO-Resolutionen betreffend Palästina keine Rede sein. Stattdessen soll ein Zeitplan vorgelegt werden, nach dem eine palästinensisch-israelische Delegation beauftragt werden soll, Verfahrensgrundsätze für im April 1993 abzuhalten Wahlen in Westbank und Gaza-Streifen zu entwerfen. Gewählt werden soll dann ein „Rat“, der im Rahmen begrenzter Autonomie — unter Observanz der zionistischen Armee — die Gebiete verwalten soll. Nicht zur Debatte stünden die Übertragung von Kompetenzen in Verteidigungs-, Sicherheits-, Grenz-, Siedlungs- sowie außenpolitischen Fragen sowie die Bildung eines Parlamentes. Entscheidend ist hier auch die zionistische Definition etwa der Frage der Wasserausbeutung als „Sicherheitsfra-

ge“. Völlig unterschiedliche Angaben kursieren darüber, ob ein solcher Zustand als „Übergangsperiode“ definiert werden sollte, und wenn, wie lange diese zu dauern habe.

Flankierend hatte Rabin bereits kurz nach seinem Amtsantritt den Stopp neuer Siedlungsbauplanungen angeordnet. Dies gilt jedoch nicht für den Umkreis Jerusalems. Von 15 000 derzeit im Bau befindlichen Projekten sollen 8 300 weitergebaut werden. Dies wird damit begründet, daß sonst die israelische Regierung Schadensersatzzahlungen von rund 400 Mio. Dollar an Bauunternehmen zu leisten hätte. Somit wird es bis 1995 für 35 000 weitere Siedler Wohnungen in den 1967 besetzten Gebieten geben. Die bislang gewährten Steuerbegünstigungen für neue Siedlungen sollen weitgehend wegfallen, außer für solche, die aus „Sicherheitsgründen“ förderungswürdig seien.

Zudem hat das Justizministerium den Entwurf einer Gesetzesnovelle vorgelegt, die das seit 1986 geltende Kontaktverbot zur PLO aufhebt, ohne jedoch die PLO offiziell anzuerkennen. Selbst eine Beteiligung der PLO an den angekündigten „Wahlen“ wird abgelehnt.

Quelle: div. *Süddeutsche Zeitung* und *Jerusalem Post*, 14.—24. 8. 92 — (uga)

Ausnahmezustand in Sindh

Anfang Juni 1992 hat die pakistansche Regierung unter Ministerpräsident Nawaz Sharif die Provinz Sindh unter Ausnahmezustand gesetzt. Hier leben zahlreiche landlose Bauern und Pächter unter der Herrschaft feudal Familienclans. „Anders als im Panjab geriet das neu bewässerte Land in Sindh überwiegend in die Hände von Großgrundbesitzern, die es, in Kleinbetriebe aufgeteilt, weiterverpachteten.“ (Fischer Länderkunde; Südasien). Über 20 % der Bevölkerung Pakistans lebt in Sindh.

Vor diesem Hintergrund ließen die Razzien der Armee gegen die in der Provinz Sindh herrschende *Mohajir Qami Movement* (MQM) ab, obwohl diese Partei noch unter der Diktatur Zia-ul-Haq's von der Armee als Gegenpart zur Opposition gefördert worden war. Diese Bewegung hatte sich ursprünglich als Sammelbewegung der „Mohajir“, der Einwanderer aus Indien, verstanden, die für einen starken islamischen Staat und gegen die Aufspaltung in ethnische Gruppen eintrat. In Sindh vertraten auf lokaler Ebene viele — jetzt verhaftete — MQM-Funktionäre die Bedürfnisse der Pächter. Außerdem artikulierten sie die Interessen des städtischen Industrieproletariats und der unteren Mittelklasse.

Dies hatte bei den letzten Wahlen auch dazu geführt, daß die MQM in Karachi praktisch alleine regiert und auch in die Regierungskoalition auf Landesebene eingebunden ist.

Andererseits hatte sich die Partei, zunehmend auf Schlägertrupps und kriminelle Banden gestützt, eine Machtbasis in den Städten Karachi und Hyderabad gesichert, die zu mafiaähnlichen Organisationsformen führten. Dies, ein bewaffneter Zusammenstoß, rivalisierender MQM-Gruppen in Karachi und die Hinweise auf Waffenlager lieferten der Regierung Vorwände. Bei ihrem Vorgehen in Sindh hat die Armee zahlreiche Wanderarbeiter erschossen. „Skeptische Beobachter äußerten den Verdacht, es handle sich um eine der periodischen Alibiübungen, denn die laute Vorankündigung gebe den vielen kriminellen Gruppen in der ländlichen Sindh und ihren politischen Drahtziehern ... genügend Zeit ... sich in ihre Schlupflöcher zurückzuziehen“, schreibt die *Neue Zürcher Zeitung* (30. 6. 92).

In Pakistan ist die Armee der entscheidende Machtfaktor und im Zusammenhang mit der brutalen wirtschaftlichen Öffnungspolitik wird sie von Nawaz Sharif eingesetzt. — (cog)

Gewerkschaftsfreie Fabrik von BMW

1995 will, BMW mit der Produktion in einem Automobilwerk im US-Bundesstaat South Carolina beginnen — Werbung von Gewerkschaftsmitgliedern soll dort von vornherein unterbunden werden. Die *Stuttgarter Zeitung* zitiert den BMW-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Kuenheim mit der Absicht, dort einen gewerkschaftsfreien Betrieb zu gründen: „Wir brauchen keinen außenstehenden Dritten zwischen der Geschäftsführung und unseren Beschäftigten.“

Gemeint ist damit, daß BMW versuchen will die Automobilarbeitergewerkschaft UAW aus dem Werk zu halten; wlich ist eine Abstimmung unter den Beschäftigten, wenn mehr als 50 % einer Vertretung durch die Gewerkschaft zustimmen, kann die UAW Vereinbarungen und Tarifverträge abschließen. Die BMW-Zentrale führt weiter aus: „Die US-Gewerkschaften betreiben eine andere Politik als die Arbeitnehmerorganisationen in Deutschland.“ Jenseits des Teiches seien Arbeitnehmervertreter schlicht egoistisch.

Die IG Metall hat gegen diese Absichten von BMW protestiert. Steinkühler

wird mit der Äußerung zitiert: „Man darf es BMW nicht durchgehen lassen, von Wildwest-Unrecht Gebrauch zu machen.“ Das Verhalten von BMW sei nach dem angekündigten Austritt von IBM aus dem Metallarbeiterverband eine weitere „Attacke“ auf die Substanz der Gewerkschaften! Klaus Zwickel, ebenfalls IG-Metall-Vorstand und im Aufsichtsrat von BMW, zieht eine Parallele zu dem 14-Punkte-Katalog, den die IG Metall mit deutschen Automobilfirmen über die Arbeitsbedingungen in Südafrika abgeschlossen habe: dahinter falle BMW zurück. Die IG Metall setzt darauf, daß BMW seinen „hervorragenden Ruf“, den die Firma in den USA habe, nicht verlieren möchte. Vielleicht kann man so gerade noch verstehen, daß Zwickel von der IG Metall Verwundung äußert, „weshalb BMW ausgezahlt jetzt die ideologische Debatte beginnt“ — Verletzung und Umgehung von Tarifverträgen durch den Automobilkonzern dürften der IG Metall im Zusammenhang mit dem Aufbau des Werkes in Regensburg vor einigen Jahren nicht ganz unbekannt sein.

Stuttgarter Zeitung, 14. 8. — (alk)

Internationale Umschau



USA. Seit dem 17. Mai streiken die Beschäftigten des Pittsburgher Zeitungsunternehmens Pittsburgh Press Co., weil die Unternehmensleitung ein große Rationalisierung durchsetzen will. Etwa 600 Lastwagenfahrer hatten mit dem Streik begonnen, weil mehr als 150 entlassen werden sollten. Außerdem sollten 4500 jugendliche Zeitungsaussträger entlassen und durch wenige erwachsene Verteiler ersetzt werden. Nach dem Fahrerstreik sperrte Pittsburgh Press Co. alle anderen Beschäftigten aus. Die zehn Gewerkschaften im Betrieb gründeten einen Gemeinsamen Rat, um zu verhandeln. Aber selbst zu Gesprächen waren die Kapitalisten erst bereit, nachdem sie Ende Juli auch die Auslieferung der Streikbrecherzeitung nicht mehr durchsetzen konnten (Bild) und aufgrund einer breiten kommunalen Kampagne die Streikbrecherzeitung ohne Anzeigen erschien. Die Verhandlungen dauern noch an. — (uld)

Griechenland lehnte Nato-Pläne ab

In der hiesigen Presse nahmen letzte Woche schlagartig die Angriffe gegen Griechenland zu: es lasse zu, daß das UN-Embargo gegen Serbien ständig verletzt werde. Über den wahrscheinlichen Grund für die Kampagne gegen Griechenland konnte man aber in kaum einer Zeitung etwas lesen: Das Verhalten Griechenlands in der Diskussion in der Nato über militärische Maßnahmen gegen Serbien. Griechenland hatte strikt erklärt, daß es jegliche Beteiligung an einer militärischen Intervention der Nato gegen Serbien ablehne. Die *Welt* (13. 8) erregt sich: „Wenn Athen damit jede Aktion ablehnen sollte, kann die Allianz die notwendige Einstimmigkeit über militärische Maßnahmen nicht herstellen. In diesem Fall wäre das westliche Bündnis gelähmt.“ — (alk)

Gaullisten klagen gegen „Maastricht“

Der Fraktionsvorsitzende der französischen Gaullisten im Senat, Pasquas, will gegen die Maastrichter EG-Verträge Verfassungsklage einreichen. Die Argumente sind eher chauvinistisch: Die Frage des Ausländerwahlrechts und die Vollmachten des nationalen Parlamentes schränkt die Souveränität Frankreichs ein; außerdem sei, nachdem Dänemark die Unterzeichnung abgelehnt habe, der ganze Vertrag hinfällig. Pasquas rechnet damit, daß der Verfassungsrat noch vor dem am 20. September in Frankreich stattfindenden Europa-Referendum eine Entscheidung fällt. — (alk)

Angriffe auf französische Hafenarbeiter

Mitte August streikten in verschiedenen französischen Häfen auf Aufruf der kommunistischen Gewerkschaft CGT die Hafenarbeiter. Sie protestieren damit wie schon im Frühjahr gegen den Versuch der Regierung, mit einem Gesetz den seit 1947 geltenden Sonderstatus für Hafenarbeiter abzuschaffen. Dieser Sonderstatus regelt, daß nur Arbeiter mit einer von der CGT ausgestellten Karte beschäftigt werden dürfen. Damit verbunden sind weitgehende Einkommensgarantien und Kündigungsschutz. Im letzten Jahr hatte die Regierung über einen Prozeß eines Arbeiters auf Einstellung versucht, den Status zu kippen; das Verfahren endete allerdings mit einem finanziellen Vergleich. Die Regierung argumentiert jetzt für ihr Gesetz, die französischen Häfen seien im internationalen Vergleich extrem rücksichtlich, weil dieser Sonderstatus jegliche Rationalisierung verhindere. Viele französischen Waren würden über Rotterdam, Antwerpen oder spanische und portugiesische Häfen umgeschlagen. Nach Schätzungen würden bei Aufhebung des Sonderstatus rund ein Drittel aller Hafenbeschäftigte wegrationalisiert werden. Der ebenfalls im alten Status festgeschriebene Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Häfen, der die Konkurrenz erheblich einschränkt, soll auch aufgehoben werden.

NZZ, 13. 8. — (alk)

Neue Arbeitsverträge bei VW Mexiko

Der rund einen Monat andauernde Kampf von Beschäftigten bei VW Mexiko um höhere Entlohnung und Entlassung eines korrupten Gewerkschaftsführers endete am 20. August zunächst mit einem weitgehenden Erfolg für die Firmenleitung. Zwar trat der Gewerkschaftsfunktionär zurück, aber danach kündigte VW mit Zustimmung der Arbeitsbehörde und der Billigung des mexikanischen Staatspräsidenten alle Verträge für die 14 500 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. VW schloß mit einem Teil der Gewerkschaft einen neuen Tarifvertrag mit der schon ursprünglich angebotenen Lohnerhöhung von 20 % ab und stellte 90 Prozent der Beschäftigten wieder ein; zehn Prozent, die der Gewerkschaftsopposition angehören, blieben entlassen. Ob die Auseinandersetzung beendet ist, ist den uns vorliegenden Berichten nicht zu entnehmen: 5000 Beschäftigte sollen die Arbeit wieder aufgenommen haben; neun Arbeiter wurden festgenommen, als sie versuchten, eine Strafe zum Werk zu blockieren. Die unterlegene Opposition will gegen den neuen Tarifvertrag gerichtlich vorgehen.

Welt, 20. 8., *Stgt. Ztg.*, 22. 8. — (alk)

Sanktionen gegen Libyen nur knapp verlängert

Gerade mit einer Stimme mehr als notwendig hat der UN-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Libyen, die seit dem 15. April in Kraft sind, verlängert. China, Indien, Simbabwe, Kap Verde und Marokko enthielten sich der Stimme, so daß nur 10 der 15 Mitglieder für das Embargo stimmten. Libyen hat sich bisher geweigert, zwei als Attentäter verdächtigte Libyer an die USA oder Großbritannien auszuliefern. — (alk)

„Soziale Säuberung“ in Brasilien

Die brasilianische Militärpolizei hat in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 881 Personen getötet, meist junge Männer. Jeder Jugendliche in den Slums wird als potentieller Verbrecher betrachtet, den die Militärpolizei auf ihren Fahrten durch die Viertel erschießen darf — die Bezeichnung für diese Verbrechen der Staatsgewalt: „soziale Säuberung“. — (alk)

Freigabe der Ladenöffnungszeiten?

Die konservative griechische Regierung Mitsotakis hat im Grundsatz beschlossen, die Ladenöffnungszeiten künftig ohne gesetzliche Regelung zu lassen — Stichwort: wirtschaftsliberaler Kurs. Bis auf die Nachtstunden ab 22 Uhr und den Sonntagvormittag bis 11 Uhr sollen die einzelnen Ladenbesitzer offenhalten können. Die Deregulierung soll schon im Herbst in Kraft treten. Die betroffenen Berufsverbände protestieren allerdings heftig. Die Ladenbesitzer argumentieren, daß sie in den allermeisten Fällen kein Personal finden werden. Es sollen Protestaktionen stattfinden, falls die Regierung ihr Vorhaben durchzieht. Sie lehnen auch jede Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien ab, falls es zur Realisierung des Planes kommt. — (alk)



Rund zwei Monate sollen bis zu 2400 US-Soldaten in Kuwait an der Militärübung „Intrinsic Action“ („Echte Aktion“) teilnehmen. Die Übung wurde vorgezogen, um den Irak unter Druck zu setzen, wie der Kommandierende General Frix erklärte. Nach dem Golfkrieg erklärten die USA, sie würden auf das Hinterlassen einer direkten Besatzungsgruppe in der Golfregion verzichten. In einem Vertrag mit Kuwait wurden aber für die nächsten Jahre mindestens jährliche Manöver vereinbart, um die „amerikanische Präsenz deutlich“ zu machen. — (alk)

Antifaschisten gegen Rudolf-Heß-Aufmarsch

München. Die Initiative zu dem „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ geht von denjenigen faschistischen Gruppen aus, die sich mehr oder weniger offen zum Nationalsozialismus bekennen. Als klar wurde, daß in Wunsiedel selbst jeder Aufmarsch verboten sein würde, versuchten die Faschisten unter anderem in Weiden, Bayreuth sowie in zahlreichen thüringischen und hessischen Städten Demonstrationen anzumelden — vergeblich. Keine Stadt wollte die Kulisse für die befürchteten Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Gegendemonstranten bieten, auch außenpolitische Erwägungen (Engagement der BRD in Jugoslawien) dürften eine Rolle gespielt haben. Jedenfalls wurde der Aufmarsch überall verboten.

In dieser Situation entschied sich die Demonstrationsleitung der Antifa, eine Demo in Hof durchzuführen. Dort hatten sich, nach einer Verwirrung 1500 AntifaschistInnen versammelt. Dabei handelte sich fast nur um autonome AntifaschistInnen; DKP, VVN, VSP, Volksfront und andere traditionell antifaschistische Gruppen fehlten diesmal völlig.

Die Demo selbst verlief lautstark, aber ohne Zwischenfälle durch die Fußgängerzone in Hof. Die Resonanz der Bevölkerung war überwiegend neugie-

rig bis positiv. Die Stunde des USK kam dann wieder einmal auf dem Parkplatz, wo die AntifaschistInnen gerade über das weitere Vorgehen diskutierten. Inzwischen war bekannt geworden, daß sich etwa 1500 Nazis in dem kleinen Ort Rudolstadt (Thüringen) versammelt hatten. Als gerade beschlossen worden war, dort mit allen Leuten hinzufahren, schlug die berüchtigte Stoibersche Spezialeinheit zu.

Die Nazis konnten unterdessen offenbar mit Duldung der Polizei ihre verbote Kundgebung in Rudolstadt durchziehen. Mit 1200 blieb die Teilnehmerzahl weit hinter den Erwartungen zurück.

Insgesamt ist es ein Erfolg, daß der Naziaufmarsch zumindest effektiv behindert wurde und eine öffentlichkeitswirksame Gegendemonstration durchgeführt werden konnte. Die Verhinderung des Naziaufmarsches wäre nur durch eine stärkere Mobilisierung im Vorfeld und bessere Organisation vor Ort möglich gewesen. Wenn wir aus unseren Schwächen und Fehlern von diesem Jahr lernen, dann erscheint es aber angesichts der relativen Mißerfolgs der Nazis realistisch, dies nächstes Jahr zu erreichen.

— (A.W., stark gekürzt nach *Aus der Landespolitik Bayern*)

Bund der Steuerzahler für Privatisierung . . .

Köln. Der Bund der Steuerzahler beansprucht, als Vertreter aller steuerzahrenden Menschen aufzutreten. Tatsächlich ist seine Kritik an Staatseinnahmen und -ausgaben von den wirtschaftsliberalen Grundsätzen der freien Marktwirtschaft geprägt. Er ist jüngst mit einer „Stellungnahme zur Umorientierung in der Haushalt- und Finanzpolitik von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen“ an die Öffentlichkeit getreten. Mit Sicherheit werden diese Vorschläge über liberale und konservative Politiker in die beginnende Haushaltssplanung der Gemeinden für 1993 einfließen. Der Bund der Steuerzahler führt als Gründe für einschneidende Änderungen insbesondere in der Ausgabenstruktur der Gemeinden zum einen die 1995 wirksam werdende Änderung im Länderfinanzausgleich an, der wahrscheinlich für NRW im Jahr 7 Milliarden DM weniger Mittelzuweisungen vom Bund bedeuten wird. Zum anderen seien die Gemeinden durch steigende Ausgaben, vor allem für Zinsen und Kreditrückzahlungen, aber auch für Personal, bald nicht mehr in der Lage, die Haushalte auszugleichen: „Schon in den ersten beiden Jahren dieses Jahrzehnts (1990/1991) lebten Land und Gemeinden über ihre Verhältnisse.“

Als „Risiken“, die die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Finanzlage der Kommunen verschärfen, führt der Bund der Steuerzahler an: „— das allgemeine Preisniveau verspürt seit Beginn der 90er Jahre starke Auftriebskräfte; mit Erhöhung der Mehrwertsteuersätze dürfte ein weiterer Schub erfolgen; — die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst liegen deutlich höher als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre; — die Kreditmarktzinsen haben Rekordniveau erreicht; — der Zuzug von Ausländern und Asylanten dürfte sich angesichts wegfällender Ländergrenzen nicht verringern.“

Die Hauptangriffspunkte für die konservative Kritik an den Kommunalausgaben sind die Personalausgaben und die sogenannten „freiwilligen Ausgaben“ der Kommunen. Denn eine Erhöhung der Steuern z. B. für Kapitalisten kommt nach ihrer Ansicht selbstverständlich nicht in Frage. Die Hauptsteuerquelle der Gemeinden ist die Gewerbesteuer — und die würde der Bund der Steuerzahler am liebsten auf Hebesätze unter 300 Prozentpunkte senken — Hebesätze, die in Nordrhein-Westfalen fünf Landgemeinden erheben.

Als Maßnahmen zur Begrenzung der Personalausgaben fordert der „Bund der Steuerzahler“: — Einführung einer Wiederbesetzungssperre: Jede freiwerdende Stelle wird erst nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes und nach

eingehender Prüfung wiederbesetzt. — Stellenabbau; — Einstellungsstopp; — Verzögerung von Beförderungen bzw. Höhergruppierungen; — Nullrunde für Ministerbezüge bzw. für Bezüge der Wahlbeamten; — Nullrunde bei Entschädigungen für Abgeordnete und Kürzung bei Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit; — Abbau der Ministerialzulage.“ Neu ist dieses Maßnahmenpaket nicht, es wird von einer Vielzahl von Kommunen schon geraume Zeit in der einen oder anderen Weise angewandt, aber als Paket wird es den Arbeitsdruck im öffentlichen Dienst erheblich erhöhen.

Außerdem fordert der Verband die Privatisierung von allen Tätigkeiten, bei denen dies erlaubt ist, z. B. auch die Privatisierung der wenigen noch vorhandenen kommunalen Energieversorgungsunternehmen, was überhaupt nicht zur Stärkung der Kommunen führen wird, sondern die Abhängigkeit der Gemeinden von wenigen riesigen Energieversorgungs-Monopolen noch verschärft.

Um dies zu beschleunigen, verlangt der Verband den Wegfall aller Zuweisungen an wirtschaftliche Unternehmen in der Hand der Kommune. Dazu gehören zum einen die Energieversorgungsunternehmen, aber auch die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs und in vielen Städten Stadthallen, Bürgerzentren und ähnliches. Eine Streichung aller Zuschüsse würde entweder zur Schließung von solchen Einrichtungen führen oder eine derartige Verteuerung bewirken, daß sich nur noch eine kleine Minderheit der Einwohner eine Benutzung leisten kann.

Zudem soll die politische Tätigkeit der Gemeinde- und Stadträte (aus Kostengründen) beschränkt werden: die Kreis-, Gemeinde- und Stadträte sollen nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüsse bilden. Das wären in Nordrhein-Westfalen nach Gemeindeordnung nur der Hauptausschuß, der Finanzausschuß und der Rechnungsprüfungsausschuß. Alle zusätzlichen Ausschüsse wie Bauausschuß oder Sozialausschuß sollen beseitigt werden. Dazu würden nach der jetzigen Rechtslage auch die Ausländerbeiräte gehören.

Die Forderung nach Abschaffung der mittleren Verwaltungsebene im Land — das sind in Nordrhein-Westfalen die Regierungspräsidenten, die Landschaftsverbände, die Bezirksplanungsräte und nach Meinung des Verbandes selbst die Kreise — ist zweischneidig. Denn einfach beseitigen kann man diese Behörden nicht, eine Verlegung auf Landesebene würde eine Zentralisierung bedeuten, auf kommunaler Ebene müßten entsprechende neue Einrichtungen und Stellen geschaffen werden. — (uld)

Proteste gegen Daimler-Teststrecke

Oldenburg. Mit der zweistündigen Blockade einer Mercedes-Benz-Vertretung wurde am 5.8.92 gegen den Bau der Daimler-Benz-Teststrecke bei Papenburg protestiert. Die „Jugendinitiative gegen Daimler“ forderte angesichts der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens für das Projekt dazu auf, in diesem Verfahren Einwände gegen die Planung zu erheben, außerdem sprach sie sich für die Entflechtung des Multi-Konzerns aus. Die Polizei ging mit Gewalt gegen die Demonstranten vor und nahm 54 von ihnen fest. Nach Informationen der Jugendinitiative wurden Festgenommene mißhandelt. Die Polizei mußte bisher öffentlich zugeben, daß einer Frau gewaltsam Fingerabdrücke abgenommen wurden. Die Grünen im Landtag haben zu den Vorfällen einen Bericht des Innenministeriums gefordert. — (jot)

Konzerne fordern KKW SPD genehmigt Obrigheim

Stuttgart. Der Landesverband der Industrie (LVI) Baden-Württemberg forderte von der Stuttgarter Großen Koalition „mehr Mut, mit wichtigen Entscheidungen den Industriestandort konsequent zu sichern“. Die hohen Stromkosten seien ein echter „Standortnachteil“, und die Landesregierung unternehme nichts zur Strompreissenkung: „für die Industrie günstige Strompreise (seien) nur mit Hilfe der Kernenergie“ realisierbar. In einer Koalitionsvereinbarung heißt es dazu: „... Es gibt in Baden-Württemberg keinen Neubau und keinen Ersatzbau für bestehende Kernkraftwerke.“ Die SPD-Minister Schäfer (Umwelt) und Spörri (Wirtschaft) haben auf die Konzernfordernisse reagiert: Sie haben dem (in der

früheren Oppositorrolle stets massiv abgelehnten) Kernkraftwerk Obrigheim, das bislang widerrechtlich trotz fehlender Erlaubnis produziert, die Dauerbetriebserlaubnis trotz verschiedenster Mängel erteilt. RNZ, 15.7./15.8.92; Koalitionsvereinbarung — (bef)

Personalräte protestieren gegen Arbeitsbedingungen

Hannover. In einem Brief an Oberstadtdirektor Fiedler verlangen die Personalräte des Sozialamtes, der Ausländerstelle des Ordnungsamtes und des Amtes für Wohnungswesen innerhalb von zwei Wochen konkrete Äußerungen zu den unihaltbaren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aufgrund des großen Andrangs von Asylbewerbern. Der Protest richtet sich gegen „permanente Unterbesetzung wegen mangelnder Personalbemessung“, gegen die „dramatischen beeinträchtigten räumlichen Bedingungen“ und eine „anachronistisch zu bezeichnende Ausstattung der Arbeitsplätze“. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen würde auch die „unwürdige Situation“ der Asylbewerber verbessern. — (bee)

DGB-Jugend NRW: Weder Blauhelm noch Stahlhelm

Düsseldorf. Die DGB-Jugend NRW hat sich gegen weltweite militärische Einsätze der Bundeswehr ausgesprochen — kurz nach den entgegengesetzten Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Meyer. In einer Erklärung heißt es auszugsweise:

„DGB-Landesjugendsekretär Rainer Bischoff erklärte wörtlich: „Die öffentliche Debatte über den Einsatz von Bundeswehrsoldaten wird immer zynischer und immer erschreckender. Zynisch und erschreckend vor allem deshalb, weil die

betroffenen jungen Menschen in der Diskussion weder zu Wort kommen, noch gefragt werden.“ Die DGB-Jugend NRW habe nicht das geringste Verständnis dafür, wenn zahlreiche Politiker und Teile der militärischen Führung ihr Sinn- und Legitimationskrisen dadurch lösen wollen, daß sie junge Menschen in die Krisengebiete der Welt entsenden wollen. Die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches täte gut daran, sich in der Weltgemeinschaft nicht mit dem Entsenden von Truppen, sondern durch tatkräftige humanitäre und medizinische Hilfe auszuzeichnen. Bischoff weiter: „Deutsche Soldaten wollen und dürfen weder als Blauhelm noch im Stahlhelm die Krisenregionen der Welt mit ihrer Anwesenheit beglücken.“ An die Adresse führender Gewerkschaftsrepräsentanten appellierte die DGB-Jugend, einen breiten innergewerkschaftlichen Diskussionsprozeß zu führen und erst im Anschluß das Ergebnis an die Öffentlichkeit zu tragen.“ — (wof)

SPD für Streichung Ehrenbürgerschaft Hindenburgs

Weinheim. Die Orts-MV der SPD beantragt: „Die Ehrenbürgerschaft (von 1933) von Hindenburg wird aufgehoben ... war kein Demokrat ... maßgeblich am Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich ... opferte er gemeinsam mit allen anderen Kriegsherren Millionen von Menschenleben. Besondere Verdienste um die Stadt hat er sich nicht erworben.“ Die Reaktionen kochen. Die Orts-JU: „... war es die russische Armee, die versuchte, in Deutschland einzufallen ... Versailler Diktat ... und Gängelung durch die Entente-Mächte die Haupthuldigen am Untergang der Weimarer Republik.“ — (bef)



Kurden protestieren vor türkischem Konsulat

Essen. Über 200 Kurden protestierten am 22.8. vor dem türkischen Generalkonsulat in Essen gegen die Massaker der türkischen Armee in Sirkak. Nach Mitteilung des Kurdistan Komitees Köln hat die türkische Armee am 18. August die Zivilbevölkerung von Sirkak mit Panzern eingekesselt und beschossen. Dabei setzte der türkische Staat wieder BTC 60 Panzer aus NVA-Beständen ein. Es gab zahlreiche Tote, sehr viele Häuser wurden zerstört. Das Massaker war völlig willkürlich, die ARKG dementierte, daß Guerillas in Sirkak waren. — (syb)

Verkäuferinnen: Endlich Bewegung bei der Eingruppierung

Hamburg. Wir erinnern uns: Mehr als drei Monate dauerten 1991 die Tarifverhandlungen im Hamburger Einzelhandel, die Kolleginnen erstreckten einen Abschluß, der die Eingangsgehälter für Verkäuferinnen endlich über die 2000-DM-Marke brachte. Außerdem wurde vereinbart, daß Verkäuferinnen, die „zeitweilig, aber nicht überwiegend“ zusätzliche Tätigkeiten ausführen, die einer höherwertigen Eingruppierung entsprechen, 100 DM monatlich hierfür mehr erhalten sollen. Im Tarifvertrag wurde zu diesem Zweck die bisherige Tarifgruppe 2 aufgegliedert in 2a und 2b. Während die reguläre Tariferhöhung zum 1. Mai 1991 in Kraft trat, sollte das neue Tarifsystem mit Neueingruppierungen insgesamt zum 1. Oktober 1991 in Kraft treten.

Es geschah, was vorauszusehen war: Die großen Kaufhausketten haben sich so gut wie nicht bewegt, Höhergruppierungen waren die absolute Ausnahme.

Einzelne Betriebsräte haben daher Verfahren beim Arbeitsgericht Hamburg eingeleitet, um die Kaufhäuser zu verpflichten, die Eingruppierung jeder einzelnen Verkäuferin zu überprüfen und den Betriebsrat zu dieser Eingruppierung anzuhören.

Erste Verfahren sind inzwischen zu Gunsten des Betriebsrates entschieden. Die Betriebsräte der Kaufhäuser können sich dabei auf eine Entscheidung des

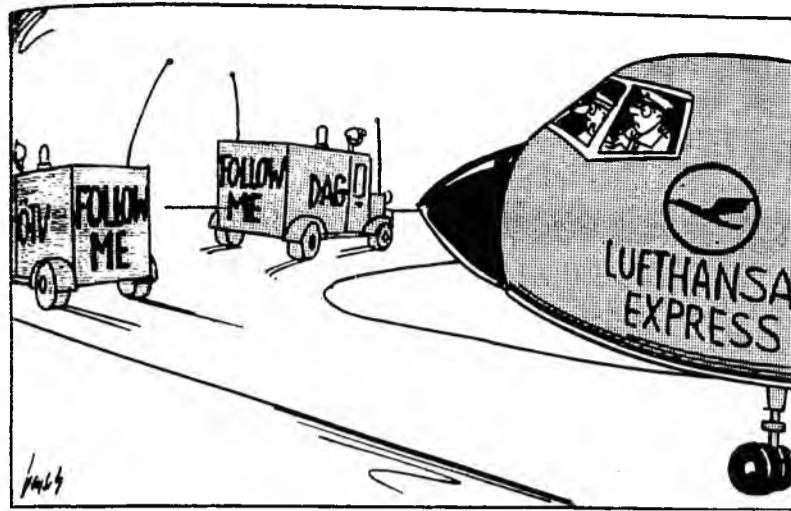
Bundesarbeitsgerichts (BAG) berufen, in der es ausdrücklich heißt:

„Ebenso wie anlässlich einer Einstellung die erstmalige Zuweisung einer Tätigkeit und anlässlich einer Versetzung die Zuweisung einer anderen Tätigkeit notwendig eine Entscheidung des Arbeitgebers darüber erforderlich macht, welcher Lohn- und Gehaltsgruppenordnung die erstmalig zugewiesene oder die neu zugewiesene Tätigkeit entspricht, wird eine solche Entscheidung auch notwendig, wenn die maßgebende Gehalts- oder Lohngruppenordnung eine Änderung erfährt und damit zu entscheiden ist, welcher der neuen Tätigkeitsmerkmale die von Arbeitnehmern auszuübenden Tätigkeitsmerkmale entsprechen.“

Von daher ist es gerechtfertigt, auch in diesem Fall davon auszugehen, daß der Arbeitgeber dem Betriebsrat ebenso wie bei einer Einstellung oder Versetzung die Eingruppierung der nach der neuen Gehalts- oder Lohngruppenverordnung mindestens in die Gehaltsgruppe 2a und dort bei einem bestimmten Berufsjahr erfolgen hat.

Erforderlich ist aber auch eine Entscheidung darüber, ob die Voraussetzungen der Gehaltsguppe 2b erfüllt sind oder nicht. Dies bedeutet, daß (die Firmen) für jeden ihrer in der alten Vergütungsgruppe 2 eingruppierten Arbeitnehmer zu entscheiden haben, ob der Qualifizierungstatbestand der neuen Gehaltsguppe 2b vorliegt oder nicht.“ (Arbeitsgericht Hamburg, 24 Bv 1591)

Klar ist, daß die Kaufhausketten auch nach den Urteilen versuchen werden, möglichst wenige Kolleginnen in die Gruppe 2b einzugruppieren. Aber sie müssen für jede einzelne Eingruppierung die Zustimmung des Betriebsrats erstmal einholen. Der Betriebsrat wird sie oft mit Hinweis auf andere, höherwertige, zeitweilige oder ähnlich durchgeführte Tätigkeiten verweigern, erneut muß das Gericht entscheiden. Das ist ein mühseliger Weg, aber einfacher, als wenn die Kolleginnen Eingruppierung selbst einklagen. — (mek)



Die Lufthansa verlangt die Arbeitszeit für das Bodenpersonal von 37,5 auf 40 Stunden heraufzusetzen und die Grundarbeitszeit auf täglich bis zu 10 Stunden zu verlängern. Beim Bordpersonal solle die Gehaltsstruktur gesenkt werden. Das *Handelsblatt* (Bild) setzt auf Differenzen zwischen ÖTV und DAG. — (nach DND 18/92, kar)

Bundesratsinitiative zum Rechtsbegriff Gewalt

Hannover. Mit einer Initiative im Bundesrat will die niedersächsische Landesregierung erreichen, daß der im Strafrecht verwendete Begriff der Gewalt künftig nicht mehr unterschiedlich angewendet werden kann. Gleichzeitig soll der sogenannte Tötungsparagraph des Strafgesetzbuches reformiert werden. Grund für die Initiative ist nach Aussage der Justizministerin, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage bei Nötigung bereits Gewalt unterstellt werde, wenn Menschen sich bei bestimmten Demonstrationen auf die Straße setzen. Bei einer Vergewaltigung dagegen werde erst dann die Anwendung von Gewalt als gegeben betrachtet, wenn das Opfer sich gewehrt habe. In der neuen Gesetzvorlage soll deshalb nach dem Vorschlag der Landesregierung festgelegt werden, daß „Gewalt Zwang ist, der durch Einwirkung auf den Körper einer anderen Person oder durch Freiheitsberaubung ausgeübt wird.“ Diese geplante Neufassung dient nach Auffassung der Justizministerin der Rechtsklarheit und soll einen Beitrag zur Entkriminalisierung der Gesellschaft und zur Entpolitisierung des Strafrechts sein. — (bee)

Lebenslänglich nach Mordprovokation durch LKA

Mannheim Ein verdeckter Ermittler des Landeskriminalamtes ist von einem angeblichen Drogendealer erschossen worden. Dieser ist mit einem Angebot von sechs Millionen Mark für 51 Kilo Haschisch vom LKA nach Mannheim gelockt worden. Er war zwar ohne Stoff, wollte aber trotzdem an das Geld. Im Laufe der Auseinandersetzung wurde

ein Ermittler erschossen. Das Gericht führt den Prozeß mit geheimen Akten des LKA, ohne daß den Verteidigern, geschweige denn der Öffentlichkeit Tatvergang oder Hintergründe plausibel wären. Offensichtlich war der geplante Drogendeal eine vom LKA eingefädelte Aktion. Trotzdem gab es für den Angeklagten „lebenslänglich“. — (scr)

Roma nach Jugoslawien abgeschoben

Köln. Am 20.8. ließ die Landesregierung NRW 52 „Jugoslawen“ — konkret Roma — vom Düsseldorfer Flughafen aus nach Skopje deportieren, darunter zwei Familien, die in Münster Kirchenasyl bekommen hatten. Ohne den zuständigen Pfarrer Plath zu informieren, drang Polizei in das Gemeindezentrum ein und holte die beiden Familien ab. Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde protestierten am Flughafen. Weder Helfer noch Presse durften zu den im nichtöffentlichen Teil des Flughafens untergebrachten Roma.

Hunderte von Flüchtlingen aus den Bürgerkriegsgebieten Jugoslawiens treffen zur Zeit in NRW ein, werden freundlich aufgenommen und versorgt. Die Roma, verfolgt und diskriminiert seit Jahrhunderten, werden von der gleichen Landesregierung ins Bürgerkriegsgebiet abgeschoben, wobei feststeht, daß etliche der Männer sofort eingezogen werden. In Köln haben ebenfalls Roma-Familien in der Antonitergemeinde Asyl gefunden. Die Stadt Köln prüft zur Zeit — angeblich „wohlwollend“ — Bleiberecht für sie, da sie alle Verfolgung durch die Nationalsozialisten nachweisen können. Es wird Zeit, daß die Stadt eine Entscheidung fällt, damit die Polizei ihr nicht zuvorkommt! — (u.b.)

Weg in die Freiheit für Bernd Rößner in Sicht?

Nach über 17 Jahren Haft könnte nun Bernd Rößner, Gefangener aus der RAF, in den nächsten Monaten entlassen werden. Nach einem Gespräch im Bundespräsidialamt erhielten seine Verteidiger die Zusagen, daß Bernd Rößner begnadigt und nach einem dreimonatigen Aufenthalt in der sozialtherapeutischen Abteilung der JVA Kassel II entlassen werde. Letzte Woche wurde er dorthin verlegt. Dieser neuen Entwicklung ging ein jahrelanges, zähes Ringen von Bernd selbst, seinen Anwälten, der Gruppe der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und von zahlreichen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen bis weit in die liberale Öffentlichkeit voraus.

Seit 1983 ist Bernd Rößner, der 1975 nach der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm verletzt verhaftet wurde, ununterbrochen krank; mit den Jahren verschlechterte sich sein Gesundheitszustand permanent weiter. Bernd ist auch nach der Auffassung von Ärzten seit langem haftunfähig. Obwohl dies den Verantwortlichen bekannt war und ist, weigerten sie sich bisher, seine Haftunfähigkeit anzuerkennen und ihn freizulassen. Bernd Rößners Krankheit ist eine direkte Folge der jahrelang praktizierten Isolationshaft, die bei ihm in besonders perfider Weise praktiziert wurde (er war u.a. monatelanger Bunkerhaft ausgesetzt). Als letzten Versuch, seine Freiheit doch noch zu erreichen,

hatte Bernd Mutter vor mehr als eineinhalb Jahren ein Gnaden gesucht bei Bundespräsident von Weizsäcker gestellt. Doch die Bundesanwaltschaft blockierte das Gnadenverfahren lange Zeit dadurch, daß sie ihre erforderliche Stellungnahme nicht abgab und stattdessen u.a. bessere Kooperation und Integration von ihm, einem schwerkranken Gefangenen, in den Vollzug verlangte und schließlich auf einen vier- bis sechsmaligen Aufenthalt in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt bestand.

Noch ist nicht sicher, ob die Zusagen bezüglich Begnadigung und Entlassung nach den drei Monaten in Kassel tatsächlich eingehalten werden. Bis dahin sind wir alle aufgefordert, mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung in den nächsten drei Monaten zu beobachten, um sicherzustellen, daß dies geschieht.

Selbstverständlich wird die Freude eine ganz besondere sein, wenn Bernd nach all den Jahren dann endlich frei sein wird — gerade auch, weil so viele permanent für seine Freilassung gekämpft haben. Doch zwei Dinge müssen unvergessen bleiben: die Ignoranz und Arroganz der Macht, die Bernd Rößner bewußt über Jahre an den Rand des Todes brachte, und die nicht wegzuleugnende Tatsache, daß der Weg, der ihm nun die Freiheit bringen soll, trotz alledem ein entwürdiger ist, sozusagen noch einmal ein — bislang — letzter Handstreich der BAW gegen Bernd Rößner. — (jeh)

Der Plattenlegerprozeß Ein Lehrstück in bisher 26 Akten

Hamburg. Hier noch einmal das bisher rekonstruierbare Geschehen im und um den Prozeß gegen Ralf und Knud.

Am 23. Juli 91 läßt der Senat den Park hinter der alten Flora räumen. 1500 Polizisten sind im Einsatz. Auf dem Gelände will die Stadt Hamburg Sozialwohnungen bauen, nachdem ein Musicalpalast gescheitert war. Der selbst geschaffene Park wird von den AnwohnerInnen und den Leuten aus der Roten Flora besetzt, die auf zahlreichen Leerstand von Häusern auch im Schanzenviertel sowie Grünflächenbedarf verweisen.

Während dieser Zeit, in der sich der Stadtteil in einem Belagerungszustand durch Polizei und BGS-Einheiten befindet, werden die zwei Floraaktivisten Ralf und Knud vom LKA 331, der Observationseinheit des Hamburger Staatschutzes, „bearbeitet“. So werden Ralf und Knud auch auf einer Fahrt nach Pinneberg begleitet, womit die Beamten ihren Dienstbereich überschreiten. Die „Rot-Floristen“, die sich über ein am Wohnungsbau beteiligtes Unternehmen informieren wollen, werden in der Nähe eines Schienenstranges von den LKA-Beamten verhaftet.

Die Beamten des LKA 331 wollen gesehen haben, wie die beiden Betonplatten auf die Gleise gelegt haben. Das ist eine Lüge. Während zwei Tage später Haftstricke Hoffmann wegen „gefährlichen Eingriffs in den Bahn- und Schienenverkehr“ Haftbefehl verhängt, kommt auch das LKA ins Rotieren. Auf der Dienststelle des Observationstrupps findet eine Nachbesprechung mit dem stellvertretenden Dienststellenleiter Lüthjens statt. Einen Tag darauf ist Einsatzleiter Martens kein Observationsbeamter. Er ist zur Spurensicherungsabteilung beim LKA 321 versetzt worden ...

Bei einem weiteren Haftprüfungstermin, am 20. September '91, wird der Vorwurf gegen Ralf und Knud um Mordversuch erweitert, nachdem ein Gefälligkeitsgutachten über die Entgleisungsgefahr von schnell fahrenden Zügen konstatiert: „Wer Betonplatten auf Gleise legt, hat die Absicht, diesen zum Entgleisen zu bringen.“

In der Zwischenzeit war Polizeizeuge Martens, der damalige Einsatzleiter, nach eigenen Aussagen noch einmal am Tatort, um das „Betonplattenlegen“ mit zwei Kollegen nachzustellen, da er nicht wissen konnte, welche Fragen ihm von der Verteidigung gestellt würden. Hierbei sollte wohl das Konstrukt überprüft werden.

Fast genau ein halbes Jahr nach ihrer Verhaftung werden Ralf und Knud bei Prozeßbeginn am 27. Januar '92 von

dem Vorsitzenden Richter Selmann aus der U-Haft entlassen. Im Oberlandesgericht in Itzehoe hat es einen Kammerwechsel gegeben. Selmann sah nur noch einen hinreichenden Tatverdacht, im Gegensatz zu seinem Kollegen Gerhardt, welcher die Anklage auf dringenden Mordverdacht zugelassen hatte.

Als am 3. März die LKA-Zeugen zur Personalienfeststellung vor Gericht erscheinen, beginnt eine Farce, die ihresgleichen sucht. Sie kommen total geschminkt (Hamburger Staatsoper) und sind somit den beiden Angeklagten völlig unkenntlich. Zudem hatten sie zwei Züge der Eutiner Bereitschaftspolizei mitgebracht. Festgelegt wurde dies Verhalten in einer Vorgespräch im LKA. Martens, Thoms, Jahnke und Schöning werden von ihrem stellvertretenden Dienststellenleiter Lüthjens und dem Leiter der Rechtsabteilung LKA 123 Wessstedt über ihre Aussagegenehmigung instruiert und spielen seitdem eine „Opferrolle“ im Prozeß.

Als die Verteidigung ihren Antrag auf Benutzung eines Tonbands im Gerichtssaal stellt, gibt es am gleichen Tag im Strohhaus ein weiteres Treffen. Tonbandaufnahmen sind seitdem zu verweigern. Als Zeuge Martens dies versucht, besteht das Gericht auf seiner Aussage.

Es kommt Erstaunliches zutage. Nach Beobachtung der vermeintlichen Tat schlendert der Zeuge in Richtung Tatort, trampft noch 100 Meter in einem Auto, kann sich aber weder an Autotyp noch an Fahrer erinnern und erreicht die Gleise so nicht, bevor ein Zug darüberfährt.

In folgender Nachbesprechung nimmt außer sechs LKAern laut Martens schon ein Anwalt teil. Dieser Jurist namens Scholle wird dem Zeugen im Gericht beigeordnet, um dem damaligen Observationsleiter seine Aussage zu erklären. Eigentliche Funktion jedoch ist die Verhinderung unkontrollierter Aussagen und Schutz vor der Verteidigung.

Also verweigert Martens am 10. März seine Aussage wieder, woraufhin er ein Ordnungsgeld kassiert, ebenso wie Zeuge Thoms. Ist dieser Schachzug erst einmal getestet, so braucht der Zeugenbeistand von Jahnke und Schöning, Börting, gar nicht erst zu erscheinen. Am 23. März handeln auch sie sich ein Ordnungsgeld ein.

Mitte Mai entscheidet das OLG, daß die Zeugen nicht vor laufendem Tonband aussagen müssen.

Die nun folgenden Vernehmungstage verkommen vollends zur Groteske. Mit Hilfe der eingeschränkten Aussagegenehmigung, oder wahlweise versetzt mit seiner schlechten Erinnerung, boykott-

iert Martens die Fragen der Verteidigung.

Letztlich behauptet er sogar, daß sein Observationsauftrag nichts mit der „Roten-Flora-Szene“ zu tun gehabt hätte, sowie daß seine Zeugenaussagen von den vernehmenden Kripobeamten aus Pinneberg diesbezüglich fehlinterpretiert worden wären.

Da es bei dem Observationsauftrag eigentlich um eine andere Person gegangen wäre, konnte dieser, vom LKA an wesentlichen Stellen geschwärzt, wertlos dem Gericht übergeben werden. Daß es sich bei der Observation von Ralf und Knud um eine Verwechslung der Zielpersonen handeln sollte, obwohl die LKAler die beiden mehrmals aus kürzester Distanz gesehen haben, wurde schon am selben Tag auf Instruktion des LKA-Dienststellenleiters aus dem Protokoll gestrichen. Erst in der Hauptverhandlung führt das LKA dies wieder ein.

Während Martens im Gerichtssaal läuft, sich nicht erinnert oder sich auf seine beschränkte Aussagegenehmigung beruft, sitzt sein Vorgesetzter Lüthjens im 300 Meter entfernten Polizeihochhaus. Eine väterliche Zeugenbetreuung, die beim Schminktermin beginnt und mit der Rückfahrt nach Hamburg und Nachbesprechung endet.

Und so kommt es, daß auch Widersprüchlichkeiten sowie Fehler im Konstrukt glattgebügelt werden, wenn die Mittagspause im Gericht um ist. Ein Beispiel: Auf die zum wiederholten Male gestellte Frage, die immer verneint worden ist, ob er einen der Angeklagten jemals zuvor gesehen habe, endet die Mittagspause mit einem Neuerfall. Angeklagter Gauger war von ihm schon einmal observiert worden, was ihm eigentlich schon bei der Verhaftung aufgefallen wäre.

Das Gericht jedoch bleibt vom Lavieren des LKA ungerührt. Vor der Sommerpause vereidigt es den Zeugen Martens, was nicht anders zu interpretieren ist, als daß es dem Zeugen glaubt.

Doch nicht nur mit dem Gericht spielt das LKA Katz und Maus. Immer wieder werden einzelne aus der Soligruppe Ralf und Knud observiert. Im Juli wurden zwei aus der Soligruppe in „Amtshilfe“ vom Verfassungsschutz angesprochen. Dieser Versuch jedoch scheitert.

(Soligruppe Ralf und Knud, aus: *spreng-sätze*, Nr. 7, 28.18.92, zu beziehen über: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36; der Artikel wurde von der Redaktion aus Platzgründen leicht gekürzt.)

Nächste Prozeßstage: Montag, 31.8.92; Dienstag, 8.9.92, dann immer montags und donnerstags um 9.30 Uhr, Landgericht Itzehoe.

ÖTV und DGB fordern Abberufung von NPD-Arbeitsrichtern

Bochum. Nach Angaben der Gewerkschaft ÖTV sind an den Arbeits- und Sozialgerichten in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren mindestens 14 ehrenamtliche Richter ernannt worden, die der NPD oder anderen faschistischen Organisationen nahestehen. In Düsseldorf, Duisburg, Essen, Bochum und Gelsenkirchen sind sechs Arbeits- und acht Sozialrichter tätig, die vom Deutschen Arbeitnehmer-Verband (DAV) vorgeschlagen wurden. Zu ihnen gehört seit 1990 auch der Landesvorsitzende der NPD in NRW, Peter Markert, der gleichzeitig Stadtverbandsvorsitzender des DAV in Bochum ist.

Vor allem um Markerts Tätigkeit gibt es inzwischen eine Auseinandersetzung. Seine Funktion als Landesvorsitzender der NPD ist der nordrhein-westfälischen Landesregierung bekannt, nicht nur aus den eigenen Verfassungsschutzberichten, sondern auch durch Hinweise der ÖTV. Dies war für seine Berufung durch das zuständige Arbeits- und Sozialministerium jedoch kein Hindernis. Inzwischen koordiniert Markert in Bochum auch die NPD-Aktion für ein Volksbegehren zur „Rückführung asylmissbrauchender Ausländer“.

Der ÖTV Bezirk NW II ging dagegen im Juli an die Öffentlichkeit. Er wies darauf hin, daß Markert presserechtlich verantwortlich ist für rassistische Flugblätter. Ein Titel aus der jüngsten Zeit: „Alle stöhnen unter der Asylantenflut —

Sie können etwas dagegen tun!“ Gerade weil es bei vielen Arbeits- und Sozialgerichten um die Belange von Ausländern geht, sind nach Ansicht der ÖTV Richter mit einer „ausländerfeindlichen Grundeinstellung“ nicht hinnehmbar. Der Forderung nach Amtsenthebung Markerts schloß sich auch der Ausschuß ehrenamtlicher Richter des Arbeitsgerichts Bochum an. Einstimmig, d.h. mit den Stimmen der von den Arbeitgebern benannten Arbeitsrichter, empfahl er den 80 ehrenamtlichen Richtern in Bochum, ihre Tätigkeit bis zu einer Amtsenthebung Markerts ruhen zu lassen. Erst daraufhin wurde Arbeits- und Sozialminister Heinemann (SPD) tätig und stellte beim Landesarbeitsgericht Hamm einen Antrag auf Amtsenthebung.

Diesen Antrag lehnte das Landesarbeitsgericht mit einer Eilentscheidung am 5.8. ab. Die Begründung: Eine „blöde Parteizugehörigkeit“ reiche nicht für eine Amtsenthebung. Der Richter auf die Verfassung, der auch von dem NPD-Funktionär geleistet worden sei, könne so lange nicht angezweifelt werden, wie die NPD nicht als verfassungswidrig eingestuft sei. Zwar kann das Landesarbeitsministerium noch Gründe für ein Hauptverfahren zur Amtsenthebung Markerts nachschließen, die Eilentscheidung leistet der offensichtlich gezielten Tätigkeit von Faschisten an Arbeits- und Sozialgerichten jedoch erst einmal Vor-

schub. Rechtlich hätte sich das Landesarbeitsgericht in punkto Amtsenthebung auf die von der BRD unterzeichneten UNO-Resolutionen gegen Faschismus und Rassismus stützen können.

ÖTV und DGB wollen die Sache damit nicht auf sich beruhen lassen. In einem Verfahren, bei dem es um einen ausländischen Lohnabhängigen geht, stellte ein Rechtssekreter des DGB einen Tag nach der Eilentscheidung des Landesarbeitsgerichts einen Befangenheitsantrag gegen Markert. Die ÖTV Bezirksleitung NW II sammelt Material für das weitere Verfahren zur Amtsenthebung und gegen andere vom DAV benannte ehrenamtliche Richter. Sie prüft die Möglichkeit eines Strafantrages wegen Volksverhetzung gegen Markert.

Darüber hinaus bekräftigte die ÖTV die von den DGB-Gewerkschaften wiederholt erhobene Forderung, dem DAV das Vorschlagsrecht für Arbeits- und Sozialrichter zu entziehen. Der DAV geht auf eine Gründung des ehemaligen FAP-Chefs, Michael Kühnen, zurück. Ihm gehören bundesweit 5000 Mitglieder aus verschiedenen Richtungen des faschistischen Spektrums an. Die Anerkennung des DAV kommt auch nach Ansicht des Bochumer Arbeitsgerichtsdirektors einer „politischen Ohrfeige für den DGB“ gleich, zumal das Bundesarbeitsgericht dem DAV die Tariffähigkeit ausdrücklich abgesprochen hat. — (wof)

Kurz berichtet

Demonstration zum
Mordprozeß A. Antonio

Anlässlich der Fortsetzung des Prozesses wegen der Ermordung des Angolaners Amadeu Antonio demonstrierten in Eberswalde 1000 Menschen — großteils Berliner — zum Tatort. Amadeu war aus einer Menge von etwa 70 Neofaschisten heraus unter den Augen von Polizisten zu Tode geprügelt worden. Auch am 11. Verhandlungstag konnten die Beamten nicht erklären, wieso sie nicht eingegriffen hatten und weshalb die Einsatztaktik auf Beobachtung und nicht auf Unterbindung der zu erwartenden neonazistischen Ausschreitungen abgestimmt war. Zu der Demonstration hatten neben antirassistischen Gruppen, kirchlichen Gruppen und der PDS auch Mitglieder von SPD, Grünen und CDU in der Stadt aufgerufen. Die Kundgebungsredner verlangten, daß endlich Zeichen gegen den wachsenden Rassismus in Deutschland gesetzt werden, und kritisierten, daß das Gericht die neofaschistischen Organisationszusammenhänge nicht aufdecke. Im Verlauf der Demonstration und im Anschluß kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern, Neofaschisten und Polizei infolge rechter Übergriffe. Befremdlich war auch, daß ausgerechnet Peter Krabbe Einsatzleiter war. Er hatte am 24. November 1990 auch den Polizeieinsatz geleitet, als Amadeu totgeprügelt wurde. — (chk)

Charité-Entlassungen nicht
nach „Schwarzer Liste“

Berlin. Auf der Sondersitzung der Abgeordnetenhausausschüsse zu den Entlassungen an der Charité wurde die Veröffentlichung „Schwarzer Listen“ mit ungefähr 400 zukünftig zu entlassenden Mitarbeitern der Charité einhellig kritisiert. Tatsächlich deckt die CDU/SPD-Koalition weiterhin das Vorgehen von Wissenschaftssenator Erhardt, der frech erklärte, es werde nicht nach den Listen vorgegangen, da nicht alle „Höchstbelasteten“ darauf stünden. Der Abbau der Bettenzahl von 1800 auf 1350 bis Ende 1994 soll durchgeführt werden, allenfalls will Erhardt mit den Kassen über eine Streckung bis 1995 sprechen. Die Bettenreduzierungen begründet der Senator mit Senatsbeschlüssen und Haushaltbeschlüssen des Abgeordnetenhauses. Sie werden zu einigen hundert Entlassungen führen. Es sind also nur die Listen, die kursierten, erstmal vom Tisch, die Maßnahmen selbst nicht. — (chk)

Erst Stasi-Überprüfung —
dann Parteimitgliedschaft

Berlin. Gut ein Jahr benötigte die Gauck-Behörde, um für 150 von 780 Hochschullehrern der Humboldt-Universität Ergebnisberichte vorzulegen. Für die etwa 1500 Wissenschaftlichen Mitarbeiter wird erst zu Jahresende mit den Bescheiden gerechnet. Auf diese Weise wird beständig Unsicherheit und Unruhe unter den Beschäftigten geschürt.

Von den 150 Hochschullehrern, deren Namen in Akten der Gauck-Behörde auftauchten, sind inzwischen 69 (zusammen mit 189 anderen) „freiwillig“ gegangen. Nach 71 Anhörungen durch den sogenannten Ehrenausschuß werden 16 Hochschullehrer als „unzumutbar“ empfunden, in 33 Fällen habe man sich „einvernehmlich“ getrennt, 30 Hochschullehrer dürfen sich in den nächsten fünf Jahren nicht um Wahlämter bewerben. Sechs Betroffene bestreiten die in den Gauck-Unterlagen vermuteten Kontakte zum MfS, zwei werden eher als „Opfer“ denn als „Täter“ der Staatssicherheit betrachtet. Nachweisbare persönliche Benachteiligungen aufgrund von Berichten inoffizieller Stasi-Mitarbeiter gibt es drei. Für den Ehrenrat und die Universitätsleitung der Humboldt überraschend war, daß nicht die Geisteswissenschaften, sondern die Naturwissenschaften im Mittelpunkt der Staatssicherheit standen. Nach den Gauck-Überprüfungen sollen als nächstes die „strukturellen Verbindungen zur Partei“ untersucht werden. — (Der Tagesspiegel v. 8. 8. 92, har)

zeichnen. Kant ist bedeutender Schriftsteller der Gegenwart. Er war Mitglied der SED seit 1979, ihres ZK seit 1986 und Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR. 1978 hatte ihn der stellvertretende Minister für Kultur, Hoepke, wegen einer Nachauflage des Romans von Erich Loest „Es geht seinen Gang“ konsultiert, eine weitere Auflage abgelehnt und die Hauptverwaltung XX der Stasi informiert. — 1990 hatte der *Spiegel* Loest als Stasi-Opfer hochstilisiert und in einem längeren Artikel ein Bild von Kant und Hoepke mit der Untertitel veröffentlicht: „Stasi-Helfer Kant, Hoepke: Kollegen als Denunzianten“. Das OLG Hamburg entschied: „Der Umstand, daß (Kant) dem SED-Regime auf das Engste verbunden ... und Vorkämpfer bei der Verwirklichung sozialistischen Gedankengutes war, läßt einen Schluß dahin, daß er die Stasi bei der Überwachung eines Kollegen unterstützt hat, nicht zu. Eine dahingehende Lebenserfahrung, wie sie (der *Spiegel*) wohl in Anspruch nehmen will, gibt es nicht ... (Der *Spiegel*) müßte ... den Wahrheitsgehalt ... mit presserechtlicher Sorgfalt überprüft haben, und das kann (ihm) hier nicht zugestanden werden.“ — (Quelle: *Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift* 7/92, S. 223f — ped)

Verfassungsbeschwerde zu
Rentenüberleitungsgesetz

Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen hat Verfassungsbeschwerde gegen das Rentenüberleitungsgesetz eingezogen. Als Willkür bezeichnet der mit dem Gutachten beauftragte Staatsrechtler Merten, daß alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der DDR, die während ihrer Beschäftigungszeit bestimmte Einkommensgrenzen überschritten und Anspruch auf Zusatz- oder Sonderversorgungen hatten, als sogenannte Systemträger behandelt werden mit der Konsequenz, daß ihnen die Rente gekürzt wird. Der Einigungsvertrag enthalte Bestandsgarantien, wozu seiner Ansicht nach auch gehört, daß der Rentenrealwert erhalten bleibt. Nach Merten ist das Rentenrecht wertneutral und führt auch nicht bei Schwerstkriminellem zu Kürzungen. — (har)

Teilzeitarbeit statt
Bedarfskündigungen?

Sachsen. Um der drohenden Bedarfskündigung gemäß Einigungsvertrag zu entgehen, haben ca. 25.000 Lehrkräfte in Sachsen „freiwillig“ ihre Arbeitszeit auf 82,5 % reduziert. Gleichzeitig erhalten sie einen sechsjährigen Kündigungsschutz. 5000 Planstellen können nach Angaben der GEW auf diese Weise eingespart werden. Während die GEW hofft, durch Teilzeitarbeit um die drohenden Bedarfskündigungen herumzukommen, sieht das sächsische Kultusministerium nach wie vor die Notwendigkeit derselben; rund 1000 überzählige Lehrkräfte gebe es allein im Raum Dresden. Wie freiwillig die ganze Sache ist, sieht man daran, daß die etwa 3000 Lehrkräfte, die noch nicht auf das Angebot reagiert haben, zu einem „Meinungsumschwung“ bewegt werden sollen, was nichts anderes heißt, als daß ihnen gedroht wird. Das Vorgehen von Sachsen ist nicht unumstritten, denn die Freiwilligkeit wird fast immer zum Zwang. Was bei den vergleichsweise hohen Gehältern von Lehrkräften noch gerade angehen mag, führt bei anderen Beschäftigungsgruppen zu unerträglichen Einkommenssenkungen. — (Der Tagesspiegel v. 8. 8. 92, har)

Kein Bauboom im Osten,
aber Profitboom im Westen

Von einem Bauboom im Osten, vorhergesagt als Lokomotive für einen allgemeinen Aufschwung, kann keine Rede sein. Der Wohnungsbau brach zusammen: Wurden 1989 in der DDR noch 912.000 Wohnungen gebaut, werden es 1992 gerade noch 20.000 bis 30.000 sein. Auch Investitionen in den Wirtschaftsbau finden kaum statt. Allein im Raum Berlin-Brandenburg sind gegenwärtig 13.000 Bauarbeiter arbeitslos gemeldet, weitere 13.000 arbeiten kurz. Nur eines boomt: Fast alle westdeutschen Baukonzerns kaufen ostdeutsche Baubetriebe und lassen die Arbeiter zu 60 % des westlichen Lohnes auf westlichen Baustellen arbeiten, vor allem die lohnintensiven Biege- und Verlegearbeiten von Betonstahl ausführen. Darüber hinaus beuten die westlichen Baukonzerns über 300.000 osteuropäische Arbeiter zu Niedriglöhnen aus. — (sc)

Rechtswidrige Spiegel-
Hetz gegen Hermann Kant

Das Oberlandesgericht Hamburg hat dem *Spiegel*-Verlag durch ein Urteil untersagt, Kant als „Stasi-Helfer“ zu be-

Das Ende des MfS —
eine historische Warnung

Interview mit Klaus Eichner, „Insider-Komitee für Aufarbeitung“

Die *Politischen Berichte* wandten sich mit einigen Fragen an den Vertreter des Sprecherrates des „Insider-Komitees zur Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS“, Klaus Eichner. Das Komitee besteht aus ehemaligen Mitarbeitern des MfS, die sich seit April 1992 zusammen geschlossen haben, um die Tätigkeit des MfS im Kontext der DDR-Geschichte aufzuarbeiten, sich der Öffentlichkeit zu stellen und ihren Anteil zur Bewältigung der Vergangenheit zu leisten.

Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen den dem MfS offiziell übertragenen Aufgaben und Auswüchsen?

Ein solcher Zusammenhang existiert. Diente die Schaffung des MfS als Teil des Machtapparates der DDR der Abwehr und Aufklärung der gegen sie gerichteten Angriffe, so wurde ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Beobachtung und Überprüfung der Bevölkerung gewidmet. Die Widersprüchlichkeit der Aufgabenstellung des MfS ergab sich besonders auch aus der Tatsache, unter den Bedingungen der offenen Grenze zu arbeiten. Nach dem 13. 8. 1961 entwickelte sich das MfS zu einem unüberschaubaren und weitverzweigten Machtinstrument. Von ursprünglich übertragenen Aufgaben wurde mehr und mehr abgerückt. Das MfS wurde zu einem in fast allen Lebensbereichen der DDR präsentem Apparat. Damit verlor es zunehmend seine Effektivität und Anerkennung in breiten Kreisen der Bevölkerung, die zweifellos in den Anfangsjahren der DDR vorhanden war. Aus heutiger Sicht vollzog sich eine Wandlung des Charakters des MfS von einem anderen Machtbereichen gleichgestellten Organ zu einem „alles machenden“, das sogar Polizeifunktionen übernahm. Repressive Züge traten in den Vordergrund.

Die Gründe dafür liegen sowohl in der Krise, in der sich der real existierende Sozialismus befand, als auch in der Unfähigkeit der SED, geeignete Reformen zur Stabilisierung des Regimes durchzuführen.

Die „Bunkermentalität“ der Führung des MfS, die ihren Ursprung in den stalinistischen Denkweisen hatte, Weltfremdheit und Überheblichkeit bei der Ausübung der Macht führten zu den Auswüchsen, die unter diesen Umständen systemimmanent waren und eine Folge der Erstarrung des gesamten Systems darstellten. Auswüchse waren damit vor allem die Aufgabenstellung der „Parteiführung“ an das MfS, aber auch die sich aus der Eigendynamik ergebenden Erscheinungen innerhalb des MfS.

Wie sah das Feindbild, die Bedrohungslage aus, von der das MfS ausgegangen

ist? Gab es — zeitlich gesehen — Änderungen?

Ein sehr komplexes Thema!

Das Feindbild war voll geprägt durch die Sicherheitsdoktrin der SED. Die „Entwicklung“ des Feindbildes läßt sich auch am besten aus dem Mechanismus SED — MfS heraus verstehen.

International ging die Doktrin von einer Verschärfung des Klassenkampfes, bes. im Sinne einer unmittelbaren militärischen Bedrohung und Forcierung der Rüstung, aus, die verbunden war mit „politisch-ideologischer Diversität“, Aggressivität und zunehmender Kriegsgefahr. Dazu gab es ja in der Politik der USA, der NATO und der BRD genügend real vorhandene Komponenten. Das betraf vor allem auch alle Versuche der BRD, die Existenz der DDR zu beenden. Die Politik der Destabilisierung des sozialistischen Systems war real vorhanden, wurde aber durch die Führungen der sozialistischen Staaten überbewertet, wobei gleichzeitig alle inneren Faktoren negiert wurden (Beispiele CSSR 1968, Polen 1980).

Im Inneren wurde das Feindbild zunehmend auf die eigenen Bürger übertragen, was zur Kriminalisierung aller politisch Andersdenkenden und Oppositionellen führte. Das schloß die Vermutung nach „geheimdienstlicher Steuerung“ aller realen oder eingeblideten „Feindaktivitäten“ ein.

Am schlimmsten empfinde ich, daß die SED auch alle innerparteilichen Opponenten (Janka, Havemann, Bahro) durch das MfS verfolgen ließ.

Allgemein verlagerte die SED politische Auseinandersetzungen in die Verantwortung des MfS und der Strafverfolgung, was von der Führung bereitwillig übernommen und ausgeführt wurde. Die SED entzog sich damit öffentlich politischen Auseinandersetzungen, die zur Reformierung des gesamten Systems notwendig gewesen wären. Das trifft auch auf die Bearbeitung der Antragsteller für Ausreisen, oppositionelle Friedensbewegungen, die Aktivitäten der Kirchen u. a. zu.

Ist die verdeckte Arbeit, d. h. das Ermitteln unter Vortäuschen, nötig oder auch nur erfolgreich? Kann man aus der Sichtung der Trümmer Empfehlungen geben, was eine revolutionäre Macht sowieso nicht tun muß, weil es zum Schluß nichts nützt und nur die Leute aufbringt?

Zweifellos ist die Geschichte der DDR und auch des MfS vor allem in dieser Hinsicht einmalig!

Ermitteln unter Vortäuschen, auch als Methode, die bisher überall und in der Welt weit verbreitet angewandt wird und zur Grundausstattung jedes Ge-

heimdienstes gehört, hat sich insgesamt als sinn- und nutzlos erwiesen, obwohl sich aus dem Einzelfall vielleicht noch ein spannender Krimi machen ließe, wie das ja auch noch nach wie vor in der westlichen Filmwelt gang und gäbe ist.

Grundsätzlich berührt diese Frage aber das Problem der Übertragung von Generalvollmachten und Kompetenzen für die Anwendung geheimer Mittel und Methoden an bestimmte Organe, sprich Geheimdienste. Allein schon diese Tatsache führt in jedem Staatswesen zu einer Deformation der politischen Beziehungen, der öffentlichen Meinungsbildung, zur Einschüchterung oppositioneller Kräfte und birgt immer die Gefahr des politischen Mißbrauchs für die jeweils Herrschenden in sich.

Als politische Vision sollte eine Gesellschaft so aufgebaut sein, daß in ihr alle politischen Widersprüche auch nur mit politischen Mitteln und demokratisch ausgetragen werden. Zwangsmittel sollten nur dann eingesetzt werden, wenn das Gemeinwesen durch bestimmte Handlungen und Entwicklungen gefährdet ist und diese Wertung von der breiten Öffentlichkeit mitgetragen wird.

Das trifft auch auf die internationalen Beziehungen zu. Zwischen den Staaten sollten solche Beziehungen angestrebt werden, die durch Transparenz der Handlungen und Potentiale, durch vertrauensbildende Maßnahmen und durch demokratisches Zusammenwirken bei der Lösung globaler Probleme gekennzeichnet sind. Damit würden geheime Aktivitäten zur Beschaffung interner Informationen anderer Staaten zunehmend überflüssig.

In einer widersprüchlichen und von krisenhaften Entwicklungen geprägten Welt, in der das Prinzip der Gleichheit zwischen den Staaten nicht angewandt wird und demokratische Beziehungen nicht existieren, wird jedoch altes Denken immer wieder neu aufgelegt: Eine tagespolitische Forderung nach Abschaffung aller Geheimdienste erscheint deshalb im Moment illusionär. Sie könnte aber Eingang finden in die programmativen Diskussionen der Linken, wie eine Gesellschaft nach unseren Vorstellungen aufgebaut sein sollte.

Wo ist die Grenze zwischen politisch motivierter, aber falscher Aktion und Strafat übertritten im Handeln der MfS Organe?

Die gesetzliche Grundlage hatte das MfS für seine Tätigkeit auf der Basis des Gesetzes zur Bildung des MfS vom 8. 2. 1950. Das war alles. Nicht gewährleistet war eine Kontrolle durch die Volkskammer der DDR. Die Sicherheitsdoktrin der SED bestimmte Form und Inhalt der Tätigkeit. Das ermöglichte die willkürliche Erweiterung und Inhaltsbestimmung



Politische Auseinandersetzungen in die Verantwortung des MfS verlegt

der Tätigkeit des MfS. Die Grenze des gesetzlichen wurde überschritten, weil für viele Handlungen keine gesetzlichen Grundlagen gab. Aus der Position des „Siegers der Geschichte“ ergab sich das jesuitische Prinzip, daß die revolutionäre Macht und die Notwendigkeit des Schutzes auch die Anwendung aller Mittel heiligt. Die Grenze wurde zweifellos schon da überschritten, wo politische Auseinandersetzung durch Anwendung staatlicher Zwangsmassnahmen oder den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ersetzt wurde.

Glauben Sie, daß die Masse von Erkenntnissen, die beim MfS zusammenlaufen ist, insgesamt größer oder kleiner war als die Datenmasse, die in der BRD zusammenläuft, wenn man die ganzen betrieblichen Unterlagen, Zeugnisse usw. mitrechnet? Über wen wurden eigentlich Unterlagen gesammelt, und bei welchen Gelegenheiten (Regelanfragen)?

Es gibt rund 6 Millionen Erfassungen von Personen in der Zentralkartei des MfS. Das sind noch keine Akten oder Dossiers. Aufteilung der 6 Millionen Erfassungen:

- ca. 2 Millionen Sicherheitsüberprüfungen im weitesten Sinne, sowohl zu Mitarbeitern und Angehörigen, Angehörige des Wachregiments, Geheimnisträger, Reisekader, d. h. sogenannte „positive“ Bürger der DDR; dazu noch IM-Erfassungen mit Verwandten;
- ca. 1,5 Millionen Hinweise im Zusammenhang mit Nazi- und Kriegsverbrechen,
- ca. 2 Millionen Bürger der BRD und des Auslandes, politische Prominenz, Geheimdienstmitarbeiter, Mitarbeiter in Schwerpunktobjekten, Kontakte von DDR-Bürgern, d. h. insgesamt eine sehr bunte Auswahl,
- der „Rest“ sind Personenerfassungen zu den durch das MfS bearbeiteten DDR-Bürgern, oppositionelle Kreise, aber auch unter Spionageverdacht stehende Personen, mögliche Gewalttäter u. a.

Bei einem Vergleich mit ähnlichen Personenerfassungen in der Alt-BRD sind allein im NADIS 1988 ca. 18,5 Millionen Personen (nach anderen Angaben ca. 10 Millionen) gespeichert. Und das sind in der BRD noch nicht alle Personenspeicher. Außerdem gibt es die Spei-

cher des polizeilichen Staatsschutzes UNPOL mit Sonderdateien wie SPU-DOK, PIOS, APIS, die sich alle auf politische oder politisch motivierte Sachverhalte beziehen.

Welche Sanktionsmöglichkeiten hatte das MfS? Wie weit kam es zu untergründigen Bestrafungen sozialer und politischer Art?

Generell hatte das MfS alle im Rechtssystem der DDR vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten — nach Strafprozeßordnung, Volkspolizeigesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz u. a. Bei Oppositionellen wurde häufig, wenn selbst die extrem ausgestalteten politischen Strafbestände nicht ausreichten, nach „kriminellen“ Handlungen gesucht, z. B. Verstoß gegen das Devisengesetz oder bei Künstlern angebliche Vertragsverletzungen. Im Mechanismus des Zusammenwirkens von Partei, Massenorganisationen und Staatsapparat konnten verschiedene Formen untergründiger Bestrafung realisiert werden, z. B. faktische Berufsverbote bei Antragstellern zur Übersiedlung in die BRD bei Lehrern, Angestellten im Staatsapparat, Einflussnahmen auf Kulturschaffende. Mit Informationen vom MfS funktionierte der „Apparat“ auch ohne Weisungen seitens des MfS. Aber auch andere Wirkungen und Reaktionen konnten eintreten, wenn nämlich bei Ermittlungen des MfS bei offiziellen Stellen bei den Ansprechpartnern die „Ahnung“ aufkam, daß zur ermittelten Person „etwas vorliegen“ könnte.

Wir haben in der BRD einen Abwehrkampf gegen das Polizeirecht. Wir sind der Meinung, daß die Normen, die in diesem Kampf entwickelt werden, auch im Falle einer neuerlichen politischen Wende in Geltung bleiben müssen. Halten Sie das für illusionär? Wir nicht.

Jede Form der Erweiterung der polizeilichen Befugnisse, insbesondere der Übertragung präventiver Aufgaben und Ermächtigungen für den Einsatz konspirativer Mittel und Methoden, richtet sich gegen den politischen Gegner. Das betrifft auch die wohlklingenden Argumente des Kampfes gegen die organisierte und Gewaltkriminalität.

Der Kampf gegen das Polizeirecht ist in allen Situationen notwendig, denn

eine demokratische Kontrolle der Geheimdienste und Polizei ist nicht möglich.

Eine Frage zur Selbstaufgabe des Individuums im Gehorsam. Welche Möglichkeit, sich zu wehren, hat es?

Gehorsam hat etwas zu tun mit Disziplin und Unterordnung. Im Falle der Mitarbeiter des MfS gab es noch ihre Verquikung mit dem politisch-ideologischen Faktor. Bei den ehemaligen Mitarbeitern des MfS bündelten sich Wirkungen aus der bewußten Parteidisziplin (bewußte Unterordnung der persönlichen Interessen unter gesellschaftliche) mit den Zwängen aus der militärischen Unterordnung (Befehle und Weisungen, militärische Disziplin), die angeblich auch gesellschaftliche Interessen widerstreiten.

Bei der Mehrzahl der Mitarbeiter handelte es sich um gut ausgebildete und qualifizierte Menschen. Wir waren keine Marionetten. Jeder hatte unter den gegebenen Bedingungen seine Individualität und ordnete diese in das existierende militärische Gefüge ein. So gab es an der Basis lebhafte und kritische Diskussionen, in denen viele drängende Fragen gestellt wurden und auch Zweifel aufkamen. Aber das gesamte System der organisierten Parteiarbeit kappte alle Spalten und möglichen Wirkungen nach oben durch die Art des Informationsflusses, die Auswahl und Bevorzugung von bestimmten Personen in der Nomenklatur usw.

Zivilcourage zur Artikulierung von Zweifeln, Formulierung von Forderungen o. ä. war da schwer aufzubringen. Hinzu kam, daß die Mehrheit an die Gerechtigkeit des Systems und noch bis zu Letzt an eine Art Selbstreinigung und biologische Lösungen glaubte. Zivilcourage, Auflehnung oder gar Widerstand wären mit sehr unterschiedlichen persönlichen Konsequenzen verbunden gewesen. Das Mindeste wäre noch eine Entlassung aus dem MfS wegen Untauglichkeit gewesen.

Widerstand hätte auch eine Orientierung an einer Alternative gebraucht. Und eine solche war nicht erkennbar, bzw. die folgerichtig realisierte Alternative BRD wurde von uns nicht gewollt, aber logischerweise als Konsequenz eines möglichen Widerstandes gesehen, was in unseren Augen Verrat an der poli-

tischen Überzeugung und am Status als Offizier gewesen wäre.

Wie kann der Dämonisierung des MfS begegnet werden? Das Bündnis '90 will „Täter-Opfer-Gespräche“ und ein Tribunal in Gestalt des „Leipziger Forums“. Sehen Sie eine Möglichkeit der öffentlichen Aufarbeitung und Verständigung über die Konsequenzen im politischen Handeln?

Ja, die sehen wir. Einige Mitarbeiter haben sich im „Insider-Komitee zur Aufarbeitung“ zusammengeschlossen, um gerade eine solche sehr schwierige Aufgabe anzugehen. Wir sind uns aber bewußt, daß das sehr problematisch ist, weil in einer Atmosphäre der Vorverurteilung, Hysterie und Skandalsuche das MfS noch eine Weile zur Ablenkung von anderen gravierenden politischen und sozialen Problemen dienen wird. Wir sind unsererseits zu einem offenen politischen Dialog mit allen interessierten Kräften bereit, lehnen aber eine undifferenzierte Vorverurteilung und Kriminalisierung, damit auch jedes einzelnen Mitarbeiters ab. Wir wenden uns auch gegen laufende Untersuchungsverfahren gegen ehemalige Mitarbeiter des MfS, die auf der Basis der Gesetze der Alt-BRD laufen und faktisch alte Zustände, d. h. die Existenz zweier sich feindlich gegenüberstehender Staaten, zum Ausgangspunkt nehmen. Hier wird offensichtlich Rache für ehemals erlittene Niederlagen genommen.

Generell wird das Herangehen an eine „Aufarbeitung“ nie einheitlich sein, weil sie immer vom politischen Kalkül abhängt. Der historischen Wahrheit am nächsten würden wir kommen, wenn alle Beteiligten — die Betroffenen, die IM, die Mitarbeiter — als gleichberechtigte Partner ihre unterschiedlichen Sichten darlegen könnten. Dazu würde auch gehören, daß die konkreten historischen Bedingungen beachtet und voll anerkannt werden und keine einseitigen Interpretationen zugelassen werden.

Es wird sowohl in der ehemaligen DDR-Opposition als auch unter ehemaligen Mitarbeitern des MfS die Abschaffung der Geheimdienste diskutiert. Wäre ein solcher Schritt in einem sozialistischen Lande mit starken inneren Kämpfen und einer mächtigen imperialistischen Umgebung überhaupt denkbar? Gibt es

Vorstellungen, wie die bisherigen Aufgaben der Geheimdienste in einer demokratieverträglichen Form übernommen werden können? Können Staaten wie die USA oder BRD ohne Geheimdienste auskommen?

Das berührt wieder die Vision einer zukünftigen Gesellschaft. Im Moment scheint die Forderung nach Auflösung aller Geheimdienste eine illusorische Forderung zu sein. Es ist uns nicht bekannt, daß in Folge der Veränderungen in der ehemaligen UdSSR oder nach dem Ende der DDR auch nur ein Mitarbeiter der CIA oder des BND entlassen worden wäre! Wären die Beziehungen zwischen den Staaten schon so, wie es laut politischen Erklärungen ausgedrückt wird, wäre die Existenz eines jeden Geheimdienstes überflüssig. Neues Denken ist in diese Kreise noch nicht eingezogen!

Die Welt von morgen wird sicher mit anderen Maßstäben zu messen sein als unsere heutige. Fest steht aber schon jetzt, daß sie sich nicht mehr mit den alten Mitteln und Methoden der Konfrontation regieren läßt. Gemeinsames Herangehen, gemeinsames Studium existenter Probleme und ihre gemeinsame Lösung ist schon heute eine sehr aktuelle Forderung. Jeder Staat kann und sollte über öffentliche, wissenschaftliche Institutionen verfügen, die Entwicklungen im globalen Maßstab, in anderen Ländern studieren und prognostizieren und dabei mit Institutionen gleicher Art aus anderen Ländern gleichberechtigt zusammenarbeiten. (Diese Vorstellung hat reale Grundlagen, denn Analysen einiger Einrichtungen der DDR- und Ostforschung waren mit ihren Einschätzungen wesentlich näher an der Realität als einschlägige Dokumente des BND.)

Wie im Inneren demokratische Strukturen und Umgangsformen geschaffen werden können, ist schwer zu sagen. Ich weiß es auch nicht. Zumaldest unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht! Die Vertreter des Verfassungsschutzes oder der Bundesanwaltschaft sind ja nicht einmal bereit oder in der Lage, die historisch neue Situation nach dem Anschluß der DDR richtig zu begreifen. Sie rücken keinen Deut von ihrem bornierten Geheimdienstdenken ab. Das Ende des MfS ist ihnen noch nicht als historische Warnung eingegangen.

Wir bedanken uns für das Interview.

mokraten, der Rolle der Sicherheitsorgane und Vertreter des KGB, die Rück- und Auswirkungen auf die SED und die DDR zu beschäftigen.

Bei allen offenen Fragen, mit denen ich mich weiterhin herumplage, bleibt die nüchterne Erkenntnis: Dieses bürokratisch-administrative System, in das viele, viele wie ich, ihre ganze Hoffnung und Kraft investiert haben, konnte ohne sein perfektes Sicherheitssystem nicht „funktionieren“. Ich habe diesem System in Treu und Glauben gedient und stehe nun enttäuscht vor dem Dilemma: Bin ich nun Täter oder Opfer oder beides?

(M)ein Recht auf Visionen

Dies ist für mich nicht nur eine Frage moralischer Schuld, die schnell verteilt, aber schwer zu tragen ist. Die persönliche Bilanz fordert auch Antwort darauf, ob ich 33 Jahre umsonst gelebt habe, ob dies alles, wie auch der Versuch, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, nichts als eine einzige Sackgasse war, schmutzig, finster, ausweglos. Komme ich zu dem erbarmungslosen Schluß, ja, es war von vornherein ein teuflischer Irrweg, dann muß ich abtreten und mich aufgeben. Sage ich nein, laufe ich Gefahr, als unbelehrbarer Teil eines verdamten Monsters abgestempelt und ausgegrenzt zu werden.

Aber diese 33 Jahre waren und sind unbilliger Bestandteil meines Lebens, wie auch meine ungebrochene Vision von einer besseren, weil menschlicheren Gesellschaft als die, in der ich jetzt lebe. Als Offizier des MfS, der damit beschäftigt war, erfahrenen und hochorganisierten Geheimdiensten kapitalistischer Staaten wichtig, weil ihrer Allmacht dienende Geheimnisse zu entreißen, behalte ich mir sogar das Recht vor, auf genau diese Arbeit mit etwas Stolz zurückzublicken. Manche werden mich dafür in die Kiste des Unbelehrbaren stecken. Ich jedoch sehe für mich tausend Gründe, vieles früher Selbstverständliche in Frage zu stellen, abzulehnen und gründliche Lehren zu ziehen — aber mit dem Kopf auf den Schultern, trotz und wegen der 33 Jahre.

Gedanken eines „Verdammten“

mationen des MfS über „Feinde des Sozialismus“ zugänglich waren, glaubte ich relativ viel über diese zu wissen, zumal die Kästen, in die sie einzortierten waren, längst geziemt und stets aufs Neue poliert wurden: Kritiker, die sich ausländisches Terrain zunutze machen, waren Dissidenten. Sofern sie im Inland agierten, fielen sie unter die Kategorie



„feindlich negative Kräfte“. Mit diesem mir nur allzu eingängigen politischen Grundraster aus- und aufgerüstet, motivierte ich mich und meine Mitarbeiter bis an die sogenannte Wende heran. Bis zur letzten Konsequenz jedoch hatte ich dieses Problem nicht durchdacht.

Als das Kartenhaus fiel

Wirklich prägende und zugleich schmerzhafte Signale hinterließ in mir die große Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alex. Als sozialistisch gebildeter Jurist bekam ich unsere eigene Verfassung und Paragraphen des DDR-Strafgesetzbuches mit einer völlig anderen, richtigen Betonung um die

einsetzende und ansteigende Ausreisewelle. Ja, die Tatsache, daß die häufig beschworene „gesamtgesellschaftliche Aufgabe ihrer Zurückdrängung“ nur Gerede war und stattdessen alles, wofür Politik verantwortlich gewesen wäre, letztlich beim MfS abgeladen wurde, ärgerte mich außerordentlich. Ich war der Überzeugung, daß wir ohnehin über die

Ohren gehauen. Das Wirken des Runden Tisches, die Konsequenz und die Sprachklarheit der Bürgerbewegten im Gegensatz zur kläglichen Sprachlosigkeit der SED-Führung, die Besetzung unserer Dienststellen und die sehr unterschiedlichen Reaktionen unserer Leiter auf die wie eine Naturkatastrophe über uns hereinbrechenden Entwicklungen, all das fügte sich zu einem Mosaik, das mit herkömmlichen Schablonen nicht mehr zu entziffern war.

In wenigen Tagen und Wochen wurde ich so Vor-Ort-Zeuge eines Prozesses, in dem mein Lebenswerk und meine Lebensart einem Kartenhaus gleich zusammenfielen. Und, ich konnte und wollte nichts mehr dagegen tun. Wenn dieser Wendeherbst und -winter mich etwas nachhaltig gelehrt haben, dann die schmerzliche Erkenntnis, daß ich neu zu lernen habe, mit meiner Vergangenheit und mir selbst klarzukommen.

Bitteres Fazit

Es gibt Momente, da fällt es einem wie Schuppen von den Augen. Viel schwieriger ist es aber, sich die Schuppen Stück für Stück selbst herunterzureißen. Viel habe ich in der Nachwendezeit gelesen, darunter auch Altbekanntes, unter nunmehr neuem Blickwinkel. Zum Beispiel Leonhardts Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“. Ich kannte es bereits und mußte nun ihn, Stephan Heym und andere wieder aus der Dissidenten-Kiste herausheben, in die ich sie vollen Abscheu hineingesteckt hatte. Ich beschäftigte mich mit dem Problem der Menschenrechte, ein Thema, das mir als „Mittel des Klassenfeindes“ so fremd nicht war. Um so klarer offenbarte sich mir nunmehr das Defizit, das „meine DDR“ festgeschrieben und festgefahren hatte. Ich nutzte Einblicke, die mir bisher verwehrt waren und die ich vor der Wende vermutlich empört zurückgewiesen hätte, um mich mit der Geschichte des Stalinismus in der UdSSR, den Schauspielen in den jungen Volksde-

Sind MfS-Mitarbeiter lernfähig?

Diese Frage kann ich natürlich so nicht beantworten. Nicht so, weil sie eigentlich nichts über Richtung und Tiefe möglicher Lernprozesse aussagt, nicht ich, weil diese Frage jeder für sich beantworten muß.

Mir drängt sich diese Frage allerdings seit geraumer Zeit unbarmherzig auf, denn damit zusammenhängende Antworten entscheiden mit darüber, wie ich mein ganzes bisheriges Leben beurteile und welchen Sinn ich in mein zukünftiges Handeln hineinlege.

Heute bin ich 52 Jahre, zu alt, um „unberührt“ nach vorn zu schauen, zu jung, um einen wie auch immer gearteten Schlussstrich zu ziehen. Nachdem ich 1957 die Schule mit dem Abitur in der Tasche verließ, ging ich freiwillig zum MfS. Ich arbeitete in verschiedenen Ebenen der Spionageabwehr und der Aufklärung und war zuletzt als Leiter verantwortlich für die Auswertung jener Erkenntnisse, die wir über Geheimdienst-führende westliche Staaten und deren Wirken gegen die DDR sammelten. Diese Arbeit prägte mich ebenso, wie ich als Leiter und Parteidoktor in einem militärisch organisierten Bereich, dem MfS, meine Motive und Maxime einbrachte.

Die unbedingte Bereitschaft, meine persönlichen Interessen den gesellschaftlichen und operativen Erfordernissen unterzuordnen, galt mir genauso selbstverständlich und unabdingbar wie die Notwendigkeit, die sozialistische DDR, mein Heimatland, gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen.

Trotz Zweifel treu ergeben

Da mir einschlägige Analysen und Infor-

Das Schweigen brechen — über den 9. Oktober 1989 in Leipzig

Wer heute versucht, in DDR-Zeitungen des 10. Oktober 1989 etwas über die im folgenden Beitrag geschilderten Erlebnisse zu finden, geht ins Leere. Außer Stellungnahmen von Bürgern und Arbeitskollektiven gegen Rowdytum auf Leipzigs Straßen ist nichts zu finden, nicht einmal ein Hinweis zu den Anlässen der Stellungnahmen.

Dabei war dieser 9. Oktober ein Wendepunkt in der DDR.

Seit mehreren Wochen ging ein Teil der Besucher der montäglichen „Friedensgebet“ in der Nikolaikirche in Leipzig anschließend nicht nach Hause, sondern versammelte sich vor der Kirche. Begleitet von den Kameras westlicher Massenmedien wurde gegen die Verhältnisse in der DDR protestiert.

Wurde dies innerhalb der DDR auch unter den Tisch gekehrt, in Leipzig wurde es im September bereits zur Regel, daß die Geschäfte der Innenstadt um 17.00 Uhr schlossen und jeder, der nicht unmittelbar beteiligt war (oder sein wollte), mied das Stadtzentrum. Die Verantwortlichen im Partei- und

Staatsapparat waren ziemlich ratlos. Dazu kam, daß seit der Erkrankung Honeckers im Mai 1989 keine Direktiven mehr aus Berlin eintrafen, ganz im Gegensatz zu üblichen Gepflogenheiten. Im wesentlichen wurde versucht, Zwischenfälle zu vermeiden, ohne gegen die Veranstaltung an sich vorzugehen. Unübersehbar aber waren im Umfeld jeder Demo alle verfügbaren Polizei- und Bereitschaftspolizeikräfte aufgeboten.

Mit dem von zwei Künstlern, einem Pfarrer und drei Sekretären der Bezirksleitung der SED kurz vor Beginn der Demo am 9. Oktober über den Sender Leipzig und den Lautsprechern des Stadtfunks verbreiteten Aufruf zur Gewaltlosigkeit und Dialog wurde ein Zeichen gesetzt und die Situation entspannt.

War man sich in den nächsten Tagen auch nicht gleich einig, ob dieser Aufruf richtig war oder die drei Bezirkssekretäre dafür bestraft werden sollen (der Aufruf wurde offiziell nie wiederholt), so war dieser Tag ein Anstoß für die folgende, wenn auch damals nicht von allen so gewollte Entwicklung. — (sta)



Am 23. Oktober fand mit 300000 Teilnehmern in Leipzig die größte Demonstration in der Geschichte der DDR statt.

7. Oktober 1989 — Sonnabend früh

Nie habe ich mir etwas daraus gemacht, keine DDR-Fahne herauszuhängen, obwohl ich wußte, daß das einigen das Herz zerriß, und daß diejenigen immer — oder oft — extra Rundgänge machten, weil es doch schon drei Tage vorher überall festlich aussehen sollte. Aber heute hätte ich sie gerne, sehr gerne herausgehängt ... mit schwarzem Trauerflor allerdings.

Der Schmerz saß tief. Die Scham noch tiefer. Tausende hatten die DDR schon verlassen, saßen in Botschaften in Prag, in Warschau, in Budapest. Alles Fans von Egon Krenz! Den ich gehört hatte, als er in Frankfurt a. M. aus dem Flugzeug gestiegen war, dessen Antwort sich mir eingebrannt hatte, als er seine Meinung sagte zu dem Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking. Ich hatte in die angstverzerrten Gesichter der jungen Soldaten gesehen, die so sinnlos gegen das eigene Volk getrieben worden waren, ich hatte auch die verbrannten Soldatenleiber gesehen, die das chinesische Fernsehen überspielten. Mein Sohn war Soldat damals. Nicht auszumalen, auch er müßte ...

Gehört hatte ich, wie Karl Eduard von Schnitzler — oder stand es in der Zeitung — sagte, denen brauche man keine Träne nachzuweinen, denen, die weggingen aus der DDR. Ich hatte aber Tränen fließen sehen, von Müttern und Vätern. Auch ich weinte, vor Scham, doch nicht ich allein, und ich weinte nicht nur. Wütend war ich auch gewesen, wo war denn „unsere“ Partei- und Staatsführung im August?

E. Krenz war im Urlaub, als seine „Fans“ gingen, wie ein Unschuldslamm sollte er wiederkommen, der Kronprinz. Auch das habe ich ihm nicht verziehen, auch das nicht ...

In der Woche vom 2. zum 7. Oktober

hatte ich einen Vater gesprochen, aus dem Nachbarhaus. Der erzählte mir von seiner Tochter (die selbst eine kleine Tochter hatte) und in der Nacht vom Montag, dem 2. Oktober, zum Dienstag, dem 3. Oktober, nicht nach Hause gekommen war, die die Nacht auf der agra (dem Gelände der früheren Landwirtschaftsausstellungen vor den Toren Leipzigs — d. A.) in den Pferdeställen verbracht hatte, die weggefangen, auf einen LKW verladen worden war vor der Nikolai-Kirche.

In der Nikolai-Kirche war ich schon vorher immer mal heimlich gewesen, habe auch zwei Mark statt einer für Eschenhain (die „Dreckschleuder“, das Braunkohlenwerk im Kreis Borna — d. A.) gespendet, als Abbitte dafür, daß ich mich doch nicht getraute zu unterschreiben! Denn daß die Unterschriften kontrolliert wurden, war mir klar.

Und dann am 4. Oktober das in Dresden! Wie nur hat man den Zug über den Hauptbahnhof fahren lassen können, wie nur überhaupt über Dresden, über eine Großstadt mit diesen Problemen! Wieder ein Polizist mit zerschlagenem Unterkiefer!

Und die Panik, die Verzweiflung! Hat denn nur jemand gedacht, nur die Botschaftsausküller sind so hysterisch?

Nein, also keinen Trauerflor, aber auch keine Fahne.

Aber: Gerüchte über bevorstehende Gewalt in der Stadt, in die die Bevölkerung doch zum Feiern eingeladen war, zum Volksfest sozusagen. Aber erst noch die Rede Honis zur Festveranstaltung am Fernseher, nichts entgehen lassen, jede Peinlichkeit auskosten!

(Und der Witz schon vorher: Erich geht, um abzuschätzen, wie er den 40. Jahrestag feiern kann, wie es überhaupt weitergeht, zum Orakel von Delphi, und stellt seine drei Fragen.)

Erste Frage: Habe ich mein Volk gut geführt?

Antwort: Ja, noch nie wurde ein Volk so angeführt!

Zweite Frage: Sitzt meine Regierung fest im Sattel?

Antwort: Ja, noch nie saß eine Regierung so fest!

Dritte Frage: Wird der Sozialismus siegen?

Antwort: Ja, aber Du mußt dran glauben!

Also am späten Nachmittag, in die Stadt, mit meiner Mutter, mit meinem Mann, zur Nikolai-Kirche. Ein paar Buden auf der Grimmaischen Straße, ein paar Menschen, bedrückende Atmosphäre. Eine Polizeikette vor dem Kirchplatz, vor uns direkt einer der Polizisten, ein Hund. Daß die Anzüge der Polizisten Kampfanfälle waren, sagte mir später mein Mann. Er war allein vorneweg gegangen.

Meine Mutter und ich gingen in die Ritterstraße hinein, auf die Polizeikette zu, wir gingen hindurch, der uns am nächsten stehende Polizist drückte den Kopf des Hundes an sein Knie, wir waren durch. Es war gespenstisch, aber niemand hat uns etwas getan. Keiner der Polizisten hat uns angesprochen, nichts.

Vor dem Kirchplatz gellendes Pfeifen und ein Polizist mit Sprechtröhre forderte auf, den Platz umgehend zu räumen. Jedes Wort seiner Rede durch Pfeifen, auch Trillerpfeifen, unkenntlich gemacht, jede Rufpause des Polizisten ausfüllt von Sprechchören: „Wir bleiben hier, wir sind das Volk!“, vielleicht auch anderes. Wir gingen einmal um die Kirche herum, die Nikolai-Straße wieder hoch, durchquerten an der Grimmaischen Straße wieder eine Kette von Polizisten mit Hunden, die uns ihre Rücken zukehrten, so die gesamte Nikolaistraße absperren. Zum Hauptbahnhof zu und nach anderen Richtungen auch — überall Polizeiketten.

Wieder auf der Grimmaischen Straße, drehten wir uns um, schauten den Polizisten in die Gesichter. Ein Mann stand hinter den Polizisten, forderte die Vorübergehenden auf, sich doch wie er hinter die Polizisten zu stellen, sie nicht allein zu lassen. Er agitierte in völlig teilnahmslos vorbeigehende Gesichter.

Sonntag, 8. Oktober

Vom 8. Oktober dann abends im Fernsehen Bilder von Polizeieinsätzen in Berlin, auch von Leipzig.

Am 9. Oktober dann demonstrativ nicht ganz so früh auf Arbeit wie am Montag vorher, weil man da eine Kollegin „angelappt“ hatte, an einem solchen Tag müsse man sozusagen früh „Gewehr bei Fuß“ stehen, aus Trotz sozusagen kam ich am 9. Oktober also etwas später, wollte mich auch „anlappen“ lassen, was auch geschah.

Einige Kollegen waren offensichtlich schon eingewiesen.

Kollege Y und ich wurden zum Kolle-



Egon Krenz löste am 18. Oktober Erich Honecker als Generalsekretär der SED ab.

gen gebeten. Dort wurde uns eröffnet, daß heute der harte Kern gegriffen werden sollte, deshalb solle die Kirche rechtzeitig gefüllt werden, damit man eventuell die Draußenbleibenden greifen können, wenn es ginge, auf jeden Fall sollten wir uns nach dem Friedensgebet so zügig und so schnell wie möglich entfernen, denn dann würde auf jeden Fall zugegriffen, das sei ein sehr günstiger Moment, wenn sich der harte Kern zur Demo versammelte, wir müßten also damit rechnen, daß wir mit auf LKW verladen und abtransportiert würden, außer Personalausweis sollten wir nichts dabei haben, es könnte sein, daß wir erst am Dienstag früh wieder freikommen, unsere Namen würden der Polizei auf jeden Fall mitgeteilt, unsere Taschen sollten wir also in der Uni lassen, und auf keinen Fall sollten wir Parteiausweise tragen. (Ich trug ohnehin nie eins, besaß bis dahin nicht mal eines).

Mittags um 12.00 Uhr machte der Parteisekretär noch einmal eine Einweisung, da seien dann auch die Studenten dabei, wurde uns gesagt. Ich hatte an diesem Tag — wie fast immer — auch keinen Personalausweis dabei. Ich habe meinen Mann angerufen, ihn gebeten, über Mittag nach Hause zu fahren, meinen Ausweis zu holen, meine Mutter habe ich angerufen, mich bis zum Dienstag verabschiedet. Falls ich nicht komme, sie solle sich keine Sorgen machen, die Äpfel, die sie zum Saft vorbereitet hatte, würden wir dann halt am Dienstag zu Saft machen.

Mein Sarkasmus war grenzenlos. Wenn meine „Partei- und Staatsführung“ eine chinesische Lösung will, wollte ich wenigstens die Chance haben, unter den Opfern zu sein. Meine Kolle-

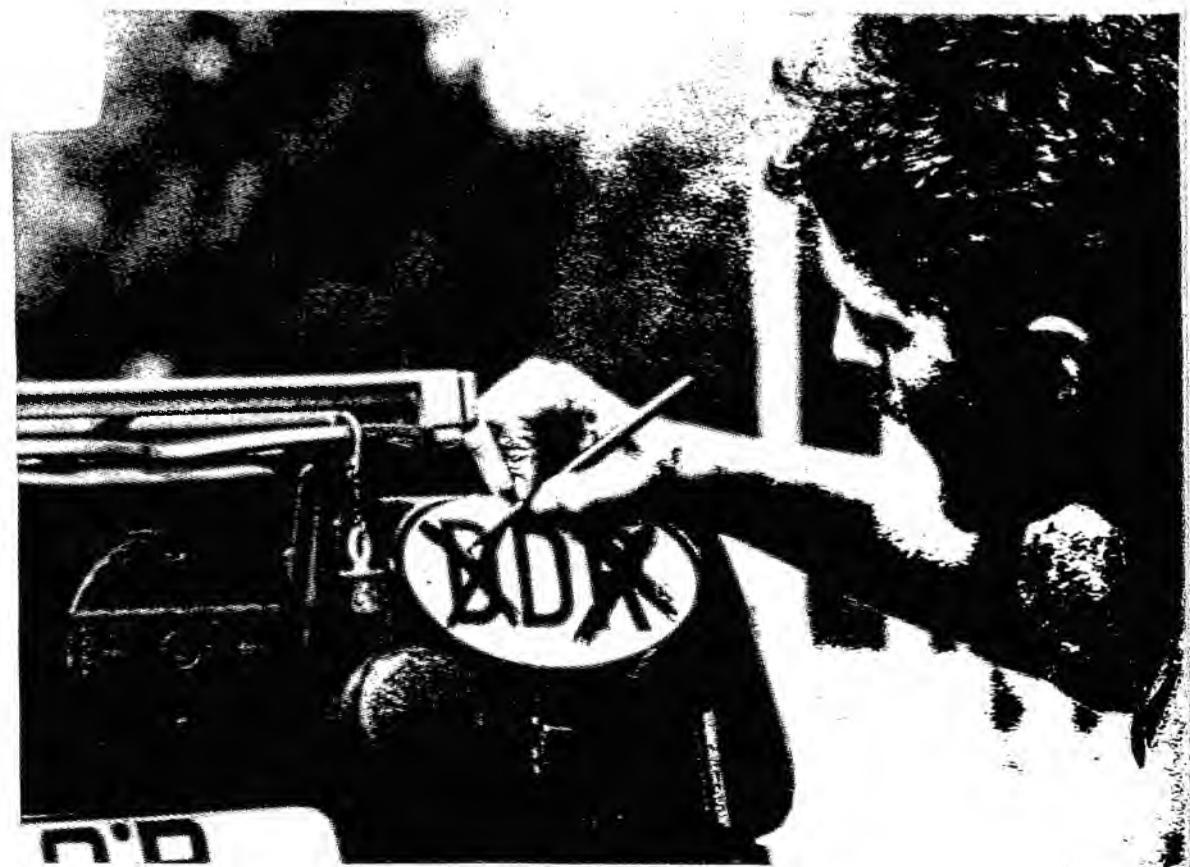
gen, meine Mutter, mein Mann, alle erklärten mich für verrückt.

Um 12.00 Uhr die Einweisung durch den Parteisekretär war dann ganz anders: Da war von Dialogangebot der Rede, und wir sollten uns darauf vorbereiten, in der Kirche, je nachdem, wie es sich entwickelt, zu diskutieren. Aber falls es sich dramatisch entwickeln würde, müßten wir damit rechnen, mit verladen zu werden. Wir sollten uns darauf einstellen.

Dann eine zentrale Einweisung im Rathaus. Wie ich später erfuhr, hätten es 1000 von der Uni sein müssen, 500 aus dem Staatsapparat, zur Hälfte aber unbeküdig Frauen. Es wurde offensichtlich in unterschiedlichen Räumen eingewiesen. Einige hatten abgelehnt, wollten sich nicht gegen die Kirche für irgendwelche ominöse Aktionen missbrauchen lassen, Prof. Porsch (jetzt PDS-Landesvorsitzender in Sachsen) zum Beispiel. Aber auch das habe ich erst viel später erfahren.

Einigen meiner Kollegen hatte ich auf dem Weg ins Rathaus erzählt, wie so eine Nacht lang auf der agra sein kann, wie es am Montag davor war. Ich wußte es ja von dem Vater in der Nachbarschaft. Eine Kollegin, der ich es absichtlich sehr deutlich und „genüßlich“ erzählt hatte, habe ich dann in der Kirche nicht mehr gesehen.

Doch zuerst ins Rathaus. Die Einweisung vom Podium: Man nehme das Angebot der Kirche, Kirche für alle, eine offene Kirche etc. zu sein, an. Massiver Protest von nicht wenigen Studenten, auch von ein oder zwei jüngeren Wissenschaftlern, Wortführer (gegen den Mißbrauch des kirchlichen Angebots) auch Studenten unserer Sektion (Jou-



Die BRD förderte im Oktober 1989 nach Kräften die Ausreisewelle aus der DDR.

keit). Sie wollten sich nicht zum Erfüllungsgehilfen irgendwelcher Leute im Hintergrund machen lassen. Erst nachdem ein bei den Studenten angesehener Professor vermittelnd, werbend eingriff, sich für die Dialogabsicht verbürgte, entwickelte sich eine allgemeine Begeisterung zum Mittun.

Hinter mir fing ein Mann hysterisch zu brüllen, man solle doch nun endlich gehen, damit man nicht zu spät kommt, und dann folgten irgendwelche lautstarken Beschimpfungen der Oppostionellen. Er blieb an der Tür stehen, machte Betrieb, beim Hinausgehen brüllte ich ihm an, er solle lieber nach Hause gehen, solche „Krawallis“ wie ihn könne man nicht gebrauchen.

Sagen muß ich noch, daß ich schon fast ein bißchen an die Dialogabsicht glaubte, sie erhoffte. Denn der Einweser vom Morgen war in meinen Augen nicht seriös. Ich hätte mir auch vorstellen können, daß das seine scharfmacherische persönliche Version war. Denn durch scharfmacherische Eingriffe hatte er auch schon mehrfach unsere Parteiversammlungen „gerettet“, wie er sich dann in der Sektionsöffentlichkeit brüste (er ist über die „Wende“ physisch und psychisch ziemlich zusammengeklappt).

Insgesamt aber war ich sehr unsicher. Aber Feigheit kam nicht in Frage. Wenn das Schlimmste geschehen würde, dann wollte ich es ganz genau wissen, haunah, am eigenen Leib erfahren. Lügenreiche Interpretationen aus zweiter Hand hatte ich schon genug erlebt, viel zu viele.

13.30 Uhr saßen vielleicht so 700 Leute im Kirchenschiff, 17.00 Uhr sollten die Friedensgebete beginnen. Die Kirche füllte sich, Kirchenbedienstete liefen hochrot herum, ließen die Einströmenden auf die Emporen. Als keine Plätze mehr waren, wurde die Kirche verschlossen. Von draußen wurde immer wieder gegen die Tür getrommelt, Einlaß begehrte. Was ansonsten geschah, konnte von drinnen nur noch vermutet, befürchtet werden.

Die Friedensgebete begannen, einzelne gingen nach vorn, berichteten von ihren Ängsten, die sie beim Lesen dieser oder jener Wortmeldung in der *Leipziger Volkszeitung* der letzten Tage hatten, sagten, sie empfänden das als eine Morddrohung gegen sich, wenn einige den Sozialismus notfalls auch mit der Waffe in der Hand gegen die Rowdys, Chaoten oder so ähnlich verteidigen wollten, denn sie seien die gemeinten Chaoten.

Das, was uns (SED-Mitgliedern — mir auf jeden Fall) klichchaft von den Lippen ging, von mir keinesfalls gegen diese Menschen gemeint war, wurde ernst genommen, auf seine reale Aussage hin geprüft: mit den Erfahrungen vom 2. Oktober, denn immerhin war da die Demonstration in Höhe des Konsument-Kaufhauses polizeilich aufgelöst worden, gab es massive Polizeipräsenz auf dem Bahnhof, hatte es die Gewalt am 4. Oktober in Dresden gegeben, am 8. Oktober in Berlin.

Darnals, im Inneren der Kirche, habe ich eine Eigenschaft zurückgewonnen (wofür ich sehr dankbar bin), nämlich mich immer wieder in die Sicht anderer Menschen hineinzuversetzen, es wenigstens immer mal wieder zur Selbstkontrolle zu versuchen. (Ich wünschte mir, das täten heute von den Machthabenden einige wenigstens manchmal). Das werde ich nie vergessen.

Gegen 17.45 Uhr / 18 Uhr sollten die Friedensgebete zu Ende sein. Doch dann kam noch ein Vertreter aus Dresden, der davon berichtete, wie es ihnen gestern gelungen war, mit den Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen, wie in Dresden Gewalt vermieden werden konnte, im Gegensatz zu Berlin. In Leipzig hatte es wohl am 8. Oktober „nur“ Wasserwerfersatz gegeben, nicht so schlimme Dinge wie in Berlin. (Da war ja sogar, wenn die Gerüchte stimmen, auf Prof. Heinrich Fink, den späteren und jetzt ehemaligen Rektor der Humboldt-Universität eingeschlagen worden — Rippenbruch? —, ausdrücklich, nachdem er sich zu erkennen gegeben hatte, weil er als Professor an der Universität diese opponierende Jugend ja mit erzogen habe. Auch das hatte ich später erst erfahren.)

Die Zeit zog sich und zog sich. Dann wurde noch Bischof Hempel angekündigt, der schon in der Thomas-Kirche gewesen sei und — falls er durchkomme — auch noch hierher kommen wolle.

Draußen wurde es inzwischen immer lauter, dröhrender. Die auf das Ende des Friedensgebets wartenden lieferten sich ihre Pfeifduelle mit der Polizei. Der

Lärm schwoll bedrohlich an, wurde im Kirchenschiff gespenstisch verstärkt. Ich hatte wahnsinnige Angst, denn es hätte sein können, daß draußen schon eine Schlacht tobte. Auch begehrten wieder welche durch lautes Trommeln Einlaß.

Mir kam der Gedanke, ob wir nicht zu Geiseln geworden waren — es vielleicht sogar so beabsichtigt war —, denn wir waren nicht unterscheidbar von den anderen, und 50 % von uns waren Frauen. Das hatte ich auf dem Weg zur Kirche aufgeschnappt. Dann kam der Bischof, dann wurde die Erklärung der sechs Leipziger (Kurt Masur, Bernd-Lutz Lange, Roland Wötzl, Kurt Meyer, Jochen Pommert, alle drei Sekretäre der SED-BL, und Herr Zimmermann) verlesen, dann der Aufruf zur Gewaltlosigkeit und die Bitte, keine Polizeiketten zu durchbrechen, behutsam miteinander umzugehen, friedlich nach Hause zu gehen, nicht zu provozieren, sich nicht provozieren zu lassen.

Als wir die Kirche verließen (es dauerte und dauerte, denn so viele Leute waren sonst nicht in der Kirche), mußten wir durch eine ganz schmale Gasse gehen. Die diese Gasse bildeten, fragten „Eh, was ist denn heute hier los, warum gehen die denn alle, warum warten die denn nicht!“ Einige wenige waren auch angetrunken, die meisten waren ziemlich jung. Erst in der Grimmaischen Straße hatten sich die Älteren versammelt.

Polizisten mit Hunden säumten die Straße, standen in und an der Theaterpassage, vor den Schaufenstern. Da stand mein Mann. Noch mit Parteiaabzeichen, keiner tat ihm etwas. Er holte mich ab. Wir standen dann noch eine Weile, gingen dann aber. Ich hatte immer noch ein bißchen Angst. Meine Mutter wartete. Es war die erste Demonstration, die — noch ohne mich — friedlich um den ganzen Ring ging. Später konnte ich dann in einem am gleichen Tag abgefaßten MfS-Bericht nachlesen, daß sich die Demonstration friedlich am Hauptbahnhof aufgelöst habe. Das war falsch. Noch mußten also nach Berlin Erfolgsberichte abgesetzt werden oder man wollte es — wer weiß...

10. Oktober

Am nächsten Morgen, so gegen 10 Uhr, traf ich einen jungen Menschen, der einen Draht zum MfS zu haben behauptete. Er sagte, dort hätte man sich verständigt gehabt, egal, welcher Befehl aus Berlin (nicht aus Leipzig, wohlgerne) komme, sie würden auf gar keinen Fall Waffen einsetzen, keine Gewalt anwenden, wenn von den Demonstranten keine Gewalt ausgeginge. Sie hätten nur Objekte schützen wollen.

Übrigens waren auch die Leipziger Polizisten schon mächtig infiltriert, sie wurden in ihrem Dienst an der Kirche immer ausgewechselt. Schon im September war ich mit einem außer der Rei-

he dahin Beorderten ins Gespräch gekommen, der mir sagte, das seien da in der Kirche ganz normale Menschen, die wollten auch nichts anderes als er.

In Leipzig scheinen eine ganze Reihe von Verantwortung Tragenden nicht bereit gewesen zu sein, Waffen einzusetzen, auch nicht bei der Bereitschaftspolizei. Es gab, wie mir inzwischen bekannt ist, eine Vielzahl voneinander unabhängiger Initiativen — ohne Rückversicherung, in eigener Verantwortung — Gewalt, auch bei Gefahr für die eigene Person, unbedingt zu vermeiden. Viele von ihnen sind heute in der PDS.

Der Bruder einer Kollegin (parteilos, damit sich wegen des vorherigen Satzes keine Mißdeutungen ergeben), der in den Raum Leipzig geholt worden war (Reservist), hatte bei seiner Einberufung gesagt, wenn er den Schießbefehl kriegen, drehe er das Gewehr um, und erschieße sich. Er sei Vater von zwei kleinen Kindern.

Als wir die Kirche verließen (es dauerte und dauerte, denn so viele Leute waren sonst nicht in der Kirche), mußten wir durch eine ganz schmale Gasse gehen. Die diese Gasse bildeten, fragten „Eh, was ist denn heute hier los, warum gehen die denn alle, warum warten die denn nicht!“ Einige wenige waren auch angetrunken, die meisten waren ziemlich jung. Erst in der Grimmaischen Straße hatten sich die Älteren versammelt.

Nirgendwo hatte ich bisher eine schlüssige Darstellung gelesen (am schlüssigsten noch in einem Beitrag im *Magazin*, Jan. '90), wer im Hintergrund welche Fäden zog, was sich wie und wo abgespielt hat. In vielen anderen Beiträgen dominierte die Darstellung der eigenen Rolle oder die des Gesprächspartners.

Meine Geiselgefühle hatten mich nie verlassen. Immer wieder erzählte ich davon, einmal hatte ich auch Bärbel Bohley davon geschrieben. Erst am 2. November 1991 (Sonnabend) als ich unter Vertrauten, wieder mal, von den Geiselgefühlen erzählte, sagte mir ein Mensch, den ich sehr schätzte: „Ihr wart dann in einem am gleichen Tag abgefaßten MfS-Bericht nachlesen, daß sich die Demonstration friedlich am Hauptbahnhof aufgelöst habe. Das war falsch. Noch mußten also nach Berlin Erfolgsberichte abgesetzt werden oder man wollte es — wer weiß...

Diese ganze Sache hätten er und ein Forschungsstudent eingefädelt. Sie hätten am 7. Oktober vormittags, als sie einen Bericht bei der Uni-Kreisleitung ablieferierten, erfahren, was ins Haus steht, was an Militär zusammengezogen wurden war. Mit dem damals Diensthabenden der Kreisleitung hatten sie sich dann zu dieser Variante verständigt, die Sache angeschoben, um auf jeden Fall eine „chinesische Lösung“ zu verhindern. Die Kirche mit so vielen Leuten als Geiseln und für einen eventuellen Dialog füllen lassen (auch die beiden sind heute PDS-Mitglieder).

Und so hat es vermutlich noch mehr Einzelaktivitäten gegeben, die insgesamt zu einer friedlichen Lösung beitrugen. Die Studenten übrigens, die bei der zentralen Einweisung Wortführer gegen die Kirchenbesetzung waren, waren am nächsten Tag beim Pfarrer der Nikolai-Kirche, Herrn Führer.

Was sie dann allerdings in der *Jungen Welt* schrieben, bzw. was abgedruckt war, zeigte, daß sie nicht so sehr viele

Hintergründe kannten. Trotzdem haben sich die Studenten der Sektion Journalistik ziemlich engagiert, für den Aufruf der Rockmusiker, des Neuen Forums usw.

Wenig später — ich weiß leider nicht mehr so genau wann — aber auf jeden Fall noch im Oktober, haben sie in einer Parteiversammlung den Antrag gestellt, daß alle Parteiveranstaltungen so schließen sollten, daß jeder, der wollte, noch an den Demos teilnehmen könne. Darüber wurde abgestimmt, das wurde beslossen und auch durchgesetzt.

Ich selbst habe am 23. Oktober das erste Mal an einer Demo rund um den Ring teilgenommen, am 18. Oktober war Egon Krenz Generalsekretär geworden. Die Strukturen, die das ermöglicht hatten, mußten zerschlagen werden. Die Straße war dafür die Chance.

Nach dem Aufruf von Gregor Gysi, den ich übrigens am 4. 11. und dann vor dem ZK-Gebäude das erste Mal gesehen und wahrgenommen hatte, habe ich dann wie ein Berserker für einen Sonderparteitag — statt Parteikonferenz — mit einem Aufruf an der Litsfaßsäule am Leipziger Karl-Marx-Platz und den zu fordernden Punkten (in Kniehöhe, damit es so schnell kein nur Vorbeigehender abreißen konnte, ohne meinen Namen, damit ich im Dienst keine Schwierigkeiten kriege — nur einem ehemaligen Parteisekretär hatte ich es gezeigt, der war in Ordnung) gerackert, habe einen Eilbrief ans ZK geschickt und mitgeteilt, daß das Telegramm von Vertretern unserer Sektionsparteileitung (Parteikonferenz) auf falschen Angaben beruhe.

Vom 23. Oktober bis zum 21. Dezember habe ich dann an jeder Montagsdemo teilgenommen, immer allein. Denn im Unterschied zu anderen, für die es wichtig war, gesehen zu werden, war es mir wichtig, nicht gesehen zu werden, half ich doch mit, das zu zerstören, woran viele meiner Arbeitskollegen, Freunde und Genossen noch glaubten, was sie sie bewahren wollten. Und darunter waren ja auch einige, die mich das jederzeit hätten büßen lassen können, bis hin zur Entlassung bei der erstbesten Gelegenheit.

Meine Entlassung haben dann Wessi vollzogen, vielleicht dank deren Einflussnahme. Geblieben sind unter anderem einige, die auch den alten Herren schon treu zu Diensten waren, die mich — aber nicht nur mich — schon immer maßregelten oder zu meiner Maßregelung beitrugen, weil ich nicht linientreu genug war.

Übrigens: Der Kampfgruppenkommandeur, aus dessen Wortmeldung die *LVZ* zitierte und auf den u.a. in den Friedensgebeten Bezug genommen wurde, soll einer der ersten gewesen sein — in seinem Hochhaus überhaupt der erste — der ein „D“ in seinem Trabi hatte. So sagte es mir eine Kollegin, die dort wohnt.

Henrike Dietze
Mitglied der PDS/DF-Fraktion
der Stadtverordnetenversammlung Leipzig

Termine

29. 8. 92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. Beginn: 10.30 Uhr. Ort: Mannheim, Friedensbüro.

12./13. 9. 92 MV der AG für antifaschistische Bildungspolitik in Hannover, Freizeitheim Lister Turm, Walderseestr. 100, von Samstag, 12 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr. Themen: Erfahrungsaustausch zur gegenwärtigen politischen Entwicklung in der BRD, insbesondere in der Bildungspolitik: Das Ende des Sozialstaats — die veränderten materiellen Rahmenbedingungen und „Sachzwänge“ in ihrer Wirkung auf den Bildungsbereich. Entwicklungstendenzen in der Arbeitsorganisation der Konzerne und Auswirkungen auf Schule und Hochschule. Politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, insbes. im Schulbereich — Beamtenrecht und Europa.

19. 9. 6. Seminar von Linken aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein. Thema: Welche Aufgaben ergeben sich für die Linken aus dem jetzigen Stand der europäischen Integration (Maastricht/EG-Wahlen 1994)? Ort Schwerin, Großer Moor 2-6, Raum 316 (Landesvorstand der PDS), 10 bis 16 Uhr.

19. 9. bis 29. 9. Der europaweite Marsch für gleiche Rechte und gegen Rassismus beginnt in Wien, Hamburg, Bremen und Berlin. Veranstalter: Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF) u.a. Der Marsch endet in Straßburg.

26./27. 9. 92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Ort: Birkenhain, bei Leipzig.

26./27. 9. 92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.

10./11. 10. 92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK.

11. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Medien in Augsburg.

24./25. 10. 92. Bundesweite Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus, Burkader Str. 44. Samstag, 13 Uhr, bis Sonntag, 13 Uhr.

24./25. 10. Herbstsitzung des Koordinationsausschusses der Kurdistansolidaritätsgruppen sowie Beratung der Kurdistansolidaritätsgruppen über die Verbesserung ihrer Zusammenarbeit. Samstag, ab 13 Uhr, in Gießen.

31. 10./1. 11. 92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats- und Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Anmeldung erforderlich.

1. bis 5. 11. 92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7. 11. 92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8. 11. 92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15. 11. 92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongreß“ der PDS unter dem Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15. 11. 92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Ort und Themen werden noch veröffentlicht.

28./29. 11. 92. a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.



Im Dezember 1989: Es gab auch kritische Stimmen gegen die Wiedervereinigung.

Neue deutsche Kriminalromane über Städte und Regionen — leicht kritisch bis lokalpatriotisch

Medienkultur:
Der harte Kern

Ein Toter damals und (zunächst) ein Mord heute. Damals, das ist 1977, die Akteure sind junge Leute, die ein Haus auf dem Dorf im Alemannischen besetzen. Heute ist 14 Jahre später, Schauplatz ist Stuttgart, eine Stadt, „die an sich ein riesiges Gefängnis war ... Wo man auch hinging, man war und man blieb in Stammheim“. Die damaligen Hausbesetzer haben inzwischen Karriere gemacht oder auch nicht; einige davon sind jedenfalls in Stuttgart gelandet. Einer ist (auf Kosten anderer) beim SWDR, einem „öffentlichen-rechtlichen Ver-Sender“ hochgekommen, hat schließlich die gemeinsame Hausbesetzung von damals als Film vermarktet bzw. vermarkten lassen und kommt daran um.

Schwerpunkt des zweiten Krimis der in Stuttgart lebenden Autorin ist die Kritik an der herrschenden Medienkultur: „Fernsehen ist Krieg“. Namenlose Autoren werden ausgepreßt, das Fernsehen vertuscht und verdrummt, kritische Journalisten werden entlassen, mit der richtigen Theorie läßt sich „Kunst“ vermarkten.

Das ist ganz unterhaltsam entwickelt, wenn auch von Stasi-RAF bis Kolonialismus über Ökowelle und Wohneigentum noch mehr Themen gestreift als Stuttgarter Kneipen abgehendet werden. Und ein Lokalredaktionschef, der staatliche Willkür, Terroristenhaz und Verfassungsschutz anprangert, ist bei einer hochaufliegenden namhaften Stuttgarter Tageszeitung — hier heißt sie *Tagblatt* — auch kurzfristig schwer vorstellbar.

Uta-Maria Heim: *Der harte Kern*, rororo, Juli 1992, 8,90 DM — (evc)

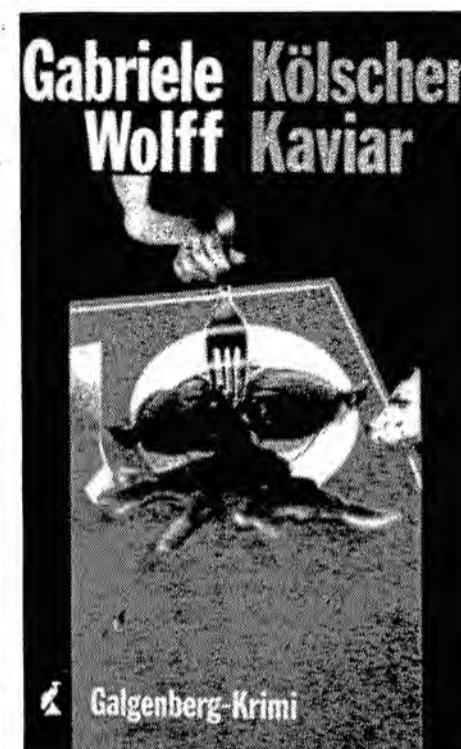
„Schattenspiele“ aus Augsburg

Dreiviertel des Leseweges staunt man — das soll ein Krimi sein? Spannung entsteht, nicht durch Verbrechen, sondern durch schrittweises Entdecken von Zusammenhängen, die eher vertraut wirken. Ein arbeitsloser Schriftsteller, Max Escher, wird im Jahre 1982 von einem literarisierenden Freund gebeten, einen 1968 am Ort veröffentlichten Roman und dessen Autor aufzuspüren. So kommt Max mit der Kulturszene des Ortes — Augsburg wird nicht genannt — in Verbindung. Da ist die schmale linke Literaturzeitschrift, die kleine Galerie für die bessere Gesellschaft, die dominierende Lokalpresse, das Theater — und da ist der Literaturpreis, der alle zwei Jahre an konservative Literaten vergeben wird. Der Ich-Erzähler Max ist eher desinteressierter Beobachter dieser Szene, nicht Partei, und so gelingt ihm eine trockene Ironie, die erheb-



Eine neue Sorte Kriminalroman spricht in größeren Städten und dicht besiedelten Regionen. Ihre Autoren führen ihr Publikum nicht in unbekannte Weltgegenden, sondern in bekannte Straßen und Eckneipen. Sie spekulieren auf das Interesse, das der Lokalpolitik entgegengebracht wird. Sie versprechen Enthüllungen über lokale Skandale, über Leute, die man kennt oder wiederzuerkennen glaubt und stochern im politischen Filz.

In den dargestellten Konflikten setzen sich zu meist anständige Vertreterinnen und Vertreter der neuen Mittelklasse, freiberuflich tätig und nicht mehr ganz jung, mit den älteren und skrupellosen Arrivierteilen derselben Klasse oder mit richtigen Bourgeois auseinander. Diese Kriminalromane zeichnen sich durch einen Hang zur Serie aus, zu der mehrere Schriftsteller ihre Beiträge liefern.



Begonnen hat es mit den Köln-Krimis des Emmons Verlages. Inzwischen blüht das Geschäft mit kölschen Produkten bei drei Verlagen. Im Ruhrgebiet eifert der junge Grafit Verlag, der im übrigen Reiseführer herausbringt, ihnen nach.

Sprachlich greifen die Autorinnen und Autoren recht oft auf die jeweilige Mundart zurück, was besonders bei den im Kölner Raum angesiedelten Stören bis zur Ungeniebarkeit für Leute führt, die nicht mit dieser Mundart aufgewachsen sind.

Die Gruppenbildung dieser Romane und die Verwendung der nur eingeschränkt verständlichen Sprache weist darauf hin, daß die Gefahr des Absackens hin zur Ausmalung des Treibens deutscher Stämme und zur Beschönigung des gesellschaftlichen Treibens ihrer typischen Vertreter besteht.

— (anl)

chem als Prototyp für den vielbeschorenen SPD-Filz im Ruhrgebiet und mußte vor kurzem zurücktreten.

R. Junge / Leo. P. Ard., „Das Ekel von Datteln“, Grafit Verlag 1989, 12,80 DM — (syb)

Jagdfieber einer Staatsanwältin

Der Krimi *Kölscher Kaviar*, spielt, wie der Titel andeutet, in Köln. Regionale Bezüge sind geschraubt und mehr als peinlich. Die Autorin Gabriele Wolff, Jahrgang 1955, lebt seit 1974 in Köln und hat ihrer Hauptfigur, der Staatsanwältin Fuchs, vermutlich ihre eigene Karriere und die eigenen Träume unterschoben. Früher eigene Anwaltspraxis, dann Staatsanwältin. Die Roman-Staatsanwältin wird vom „Jagdfieber gepackt“, schreibt der Verlag zutreffend. Sie ermittelt auf eigene Faust, nachdem sie einen anonymen Hinweis erhalten hatte, verstößt gegen den Datenschutz, führt verdeckte Ermittlungen durch, obwohl sie für den Fall gar nicht zuständig ist, und nimmt gesetzwidrig Akteneinsichten, wodurch sie dann natürlich einen Mord verhindert. Das einzige Interessante an dem schlechten Krimi ist das Milieu bzw. die Leser, die angesprochen werden: Junge, aufstrebende Leute, mit grünem und liberalem Anspruch in der Großstadt. So lebt z. B. die Staatsanwältin, „Single“, in einer Wohngemeinschaft, trinkt bis in die Nacht lokker mit den Hausgenossen Kölisch und breitet der Versammlung ihre Fälle aus. Ein Hausgenosse beteiligt sich dann an den verdeckten Ermittlungen. Ein Kölner Bagwan tritt auf, und

zum Schluß wird gar noch der alternative Stadtmusikant Klaus, der Geiger erwähnt. Die Rechtsvorstellungen der Autorin sind mehr als düster. Alle Betroffenen können einem leid tun.

Gabriele Wolff, *Kölscher Kaviar*, Galgenberg Krimi, 18 DM — (jöd)

Türke ermittelt im Bahnhofsviertel

Mit *Happy Birthday Türke* hat der sich so nennende Jakob Arjouni die Figur des türkischen Privatmittlers geschaffen, dessen Arbeitsplatz Frankfurt und hier vor allem das Bahnhofsviertel ist. Arjouni, in Wirklichkeit Deutscher, Sohn einer Lektorin, hat sich mit seinem Krimi schnell einen Bestsellerplatz erobert. Es ist die Mischung: Korrupte und gewalttätige Polizisten, das Milieu, die Menschen, die das verehelichte Frankfurt repräsentieren und der Detektiv, Alkoholiker, perspektivlos, aber wagemutig, gerissen, auf der Seite der Unterdrückten, die den Erfolg Arjounis ausmacht. Seine Fälle sind politisch: Skrupellose Polizisten erpressen zwei türkische Familienväter mit der Drohung der Abschiebung zum Rauschgifthandel; harmlose Umweltschützer geraten in eine Mordinfrage, in der wiederum Polizisten, Chemiebosse und der Oberbürgermeister die Fäden spinnen.

Arjouni schreibt spannend und witzig über ein Frankfurt, das wenige kennen. Störend nur das Etikett türkisch am sehr deutschen Detektiv.

Happy Birthday Türke und Mehr Bier, Diogenes TB, 9,80 DM — (udi)



UTA-MARIA
HEIM
thriller

DER
HARTE
KERN

rororo



REINHARD JUNGE / LEO P. ARD
DAS EKEL
VON DATTELEN

grafit

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- o 6 Ausgaben für 10 Mark (beliegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- o Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)
- o Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) Unterschrift:

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel. 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdische Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschel (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 5373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichterstattung: Alfred Küstler; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Herbert Staschel; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalteile, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalteile, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalteile.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagehinweis: Regelmäßig vierteljährliche Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninskstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rbg.), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland: GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz